

DAS WIESBADENER UMWELTAMT

GESCHÄFTSBERICHT 2007 / 2008



Umweltamt

INHALT

| | |
|--|----|
| Vorwort | 4 |
| Das Umweltamt zieht Bilanz | 6 |
| Ordentlicher Geschäftsbetrieb: Die großen Themen | 14 |
| Innovation: Die bedeutenden Neuerungen | 34 |
| Kundenorientierung: Die wichtigsten Angebote | 37 |
| Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Die tatkräftigen Projekte | 38 |
| Zu guter Letzt | 40 |
| Impressum | 42 |

VORWORT

Stillstand ist Rückschritt. Nach der Lektüre des „Geschäftsberichts 2007/2008“ ist klar, dass die Arbeit des Wiesbadener Umweltamtes alles andere als stillsteht. Mit dieser Veröffentlichung stellt das Amt erneut seine kontinuierliche Arbeit zur Erfüllung kommunaler und staatlicher Aufgaben des Umweltschutzes dar. Es bilanziert die Leistungen der einzelnen Produktbereiche, berichtet über sein erfolgreiches Verwaltungshandeln und legt Rechenschaft über die Verwendung der überlassenen öffentlichen Mittel ab. Es nutzt dafür betriebswirtschaftliche Instrumente, die auf die Bedürfnisse der Verwaltung zugeschnitten wurden. Kurz, das Wiesbadener Umweltamt schafft Transparenz - nach innen in Verwaltung und Politik hinein und nach außen für die interessierte Öffentlichkeit, was bis heute noch nicht gang und gäbe ist.



Das Aufgabenspektrum des Umweltamtes ist breit gefächert. Wie breit, möchte ich exemplarisch an drei Beispielen zeigen, die mir als Umweltdezernentin besonders am Herzen liegen. Als erstes nenne ich die Einführung der neuen Baumschutzsatzung im März 2007. Diese Satzung ist wichtig, um das „grüne Stadtbild“ Wiesbadens langfristig zu erhalten, zu sichern und weiterzuentwickeln. Die Satzung steht im Einklang mit dem Artenschutzgedanken und bezieht zugleich die Interessen der Menschen in der Stadt mit ein.

Als zweites möchte ich auf die unterschiedlichen fachlichen Arbeiten verweisen, die im Rahmen des geplanten Baus eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue vom Umweltamt ausgeführt wurden. Dazu zählen unter anderem die umfassenden Einwendungen für die Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der Genehmigungsverfahren nach Immissionsschutz- und nach Wasserrecht, aber auch die Gestaltung und Organisation eines Informationsabends für die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger zum Stand der Kraftwerks-Planungen. Diese Veranstaltung fand Anfang 2008 statt, während die Planungsunterlagen öffentlich auslagen.

Und drittens möchte ich auf ein Projekt hinweisen, dessen Federführung in der Hand des Umweltamtes lag. Ich meine die Einrichtung eines mit Thermalwasser betriebenen Nahwärmenetzes im Bereich zwischen der Schützenhofstraße und der Kleinen Schwalbacher Straße. Dafür zapft Wiesbaden eine geothermische Energiequelle an, die unerschöpflich ist, und kann somit privaten wie gewerblichen Kunden in der Wiesbadener Innenstadt umweltverträglich und CO₂-neutral Heizwärme anbieten. Die Arbeiten an diesem Projekt wurden 2008 fertig gestellt.

Allein die drei Beispiele machen deutlich, dass sich das städtische Umweltamt auch in den letzten beiden Jahren als verlässliche, kompetente und flexible Verwaltungseinheit im Konzern Stadt bewährt hat und notwendige Neuerungen professionell angeht.

A handwritten signature in dark ink that reads "Rita Thies". The signature is written in a cursive, flowing style.

Rita Thies
Umweltdezernentin

VORWORT

Mit dem „Geschäftsbericht 2007/2008“ legt das Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum zweiten Mal in dieser Form Rechenschaft über seine Tätigkeiten ab. Es stellt in diesem Bericht die Einnahmen- und Ausgabensituation der Jahre 2007 und 2008 dar, informiert über seine Zielsetzungen und Aufgabenstellungen, gibt einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes und stellt zudem Handlungsschwerpunkte des Jahres 2007 vor. Adressaten des Berichts sind auch dieses Mal wieder die städtischen Gremien und die interessierte Öffentlichkeit.

Auftrag des Umweltamtes ist es, durch Vorsorge und Schadensbeseitigung dazu beizutragen, auch in Zukunft eine weitestgehend intakte Umwelt zu erhalten, die natürlichen Ressourcen zu schonen und in guter Qualität zu sichern. Denn: Umweltqualität ist Lebensqualität. Dieses Verständnis von Umwelt- und Lebensqualität greift auch das Amtsleitbild auf. Es ist die Basis für das gesamte Handeln im Umweltamt.



So ist das Amt Ansprechpartner für alle Umweltbelange zu den Bereichen Boden, Wasser, Luft, Klima, Lärm, Natur und Landschaft. Es erteilt Genehmigungen, erstellt Planungen oder begleitet Bautätigkeiten unter Umweltschutzaspekten. Dazu bedarf es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Arbeitsabläufe optimieren und die Qualitätssicherung der Leistungen als unverzichtbare Aufgaben verstehen. Die Kundenorientierung wird im Umweltamt groß geschrieben, denn es geht darum, Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen, politische Gremien und andere städtische Ämter umfassend zum Natur- und Umweltschutz zu informieren, zu beraten oder zu betreuen.

Diese Zielsetzungen umzusetzen ist nicht immer einfach, denn die angespannte Finanzsituation der Kommune hat sich auch in den zurückliegenden Jahren auf das Umweltamt ausgewirkt: So mussten bei geringerem Personalstand und mit weniger Sachmitteln mehr Aufgaben oder Dienstleistungen auf weiterhin hohem Niveau erledigt werden. Dass dies möglich war, lag an einer erneuten Steigerung der Arbeitsproduktivität und einer weiteren Verdichtung des Arbeitstages – ohne dabei den eingeschlagenen Weg, den Wandel der Behörde zu einem Dienstleistungsunternehmen, aus den Augen zu verlieren.

Als Amtsleiter kann ich daher mit Stolz sagen: Das Wiesbadener Umweltamt steht für Kontinuität, Offenheit bei Veränderungen, für Flexibilität und Verlässlichkeit im Umgang mit unseren Kunden und Kooperationspartnern innerhalb oder außerhalb der Stadtverwaltung und für Kompetenz und Qualität als Dienstleister. Ich bedanke mich daher ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte und kooperative Arbeit.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Mengden'. The signature is stylized and somewhat abstract, with a prominent vertical stroke on the left and a series of loops and curves on the right.

J. Mengden
Leiter des Umweltamtes

UMWELTDATEN WIESBADEN

1. Einwohner*: 275.422

2. Stadtgebietsfläche und Flächennutzungsarten¹:

Stadtgebietsfläche: 20.390,2 ha
darunter

Siedlungs- und Verkehrsflächen: 7.846,1 ha

3. Angaben zu Flächennutzungsarten, Aspekt Umwelt²:

Erholungsflächen: 1.246,3 ha
darunter

Grünanlagen zur Erholung: 1.004,5 ha

Landwirtschaftsflächen: 6.108,5 ha
darunter

Ackerland: 4.103,3 ha

Grünland: 1.337,1 ha

Waldflächen: 5.661,3 ha

Wasserflächen: 527,0 ha

4. Anteil verschiedener Flächennutzungsarten an der Gesamtfläche¹

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche: 38,5 %

Anteil der Wald- und Erholungsfläche an der Gesamtfläche: 33,9 %

Anteil der angelegten Grün- und Erholungsflächen an der Gesamtfläche: 6,5 %

Siedlungs- und Verkehrsfläche (in m² je Einwohner): 284,8

5. Trinkwasserverbrauch privater Haushalte³ in 2007 (in Litern je Einwohner und Tag [l/EW d]): 151

6. Energieverbrauch und CO₂-Emissionen in 2006:

Energieverbrauch⁴ (in Gigawattstunden⁵ pro Jahr [GWh/a]): 7.297
davon

Erdgas: 4.073

Heizöl: 1.324

Strom: 1.488

Festbrennstoffe: 117

Fernwärme: 295

Energieverbrauch (je Einwohner in Megawattstunden⁶ pro Jahr [MWh/EW a], ohne Verkehr): 26,5

CO₂-Ausstoß (je Einwohner in Tonnen pro Jahr [t/a], ohne Verkehr): 9,2

CO₂-Ausstoß (je Einwohner in Tonnen pro Jahr [t/a], mit Verkehr): 11,2

7. Siedlungsabfälle aus Haushaltungen und Kleingewerbe in 2006 (je Einwohner in Kilogramm pro Jahr [kg/EW a]): 546,3
davon

Hausmüll: 287,6

* Stand: 31.12.2008

¹ Stand: 31.12.2007

² Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen – ohne Abbau- und Erholungs-, Verkehrs- und Friedhofsflächen

³ einschließlich Kleingewerbe – ohne Betriebskunden wie Air Base, Schwimmbäder, Golfplatz

⁴ ohne Verkehr, temperaturbereinigt

⁵ 1 Gigawattstunde (GWh) = 1 Milliarde Wattstunden = 10⁹ Wh

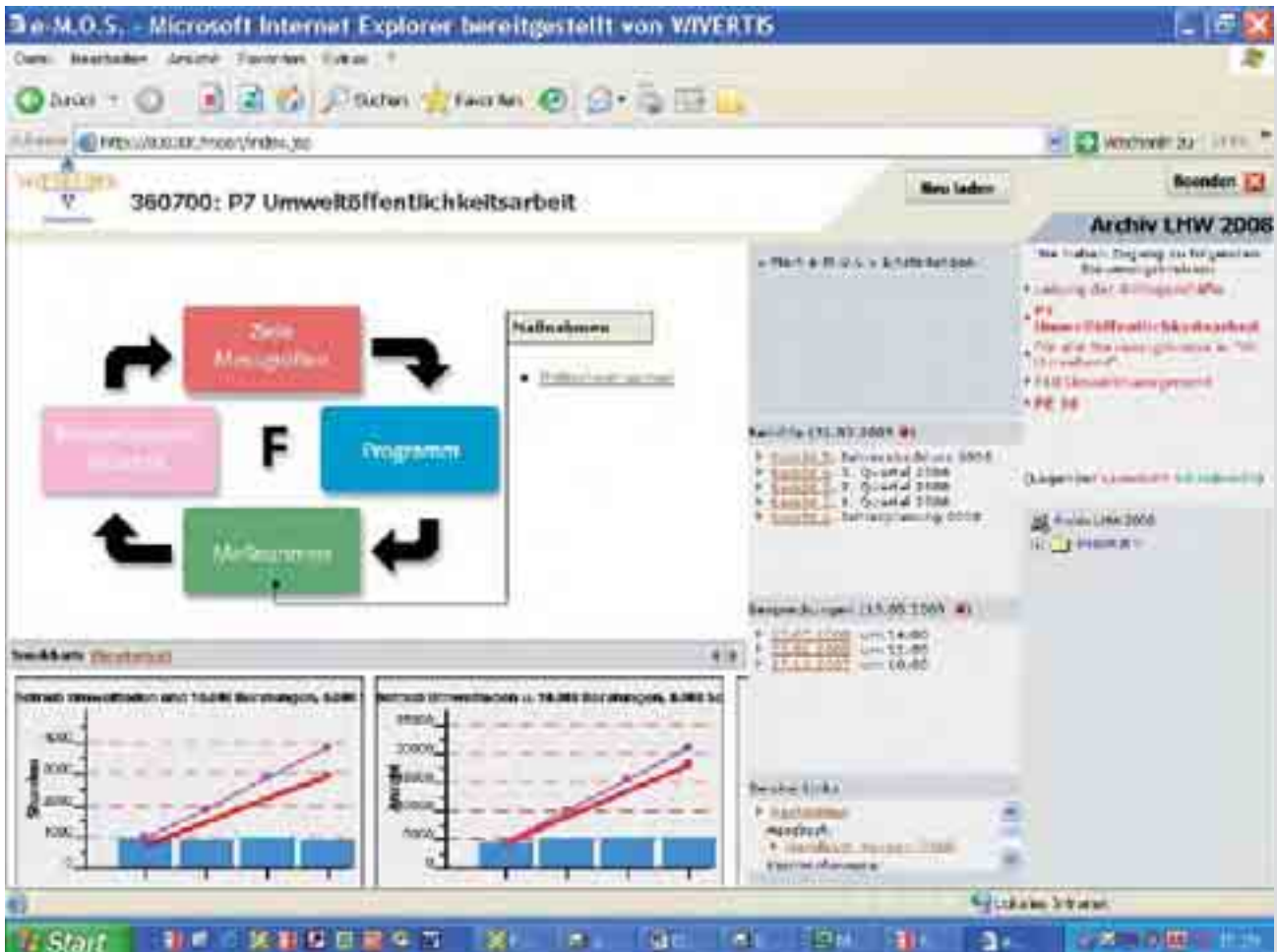
PLANEN UND ARBEITEN NACH DEM JAHRESARBEITSPROGRAMM

2001 wurde im Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden das Arbeiten nach einem Jahresarbeitsprogramm (JaP) eingeführt. Dazu planen die Produktbereiche in Abstimmung mit der Amtsleitung und dem zuständigen Dezernat die Aufgaben und Projekte, die im Verlauf eines Jahres zielorientiert durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden sollen. Die Arbeitsplanung bezieht sich auf die vier Themenkomplexe: Ordentlicher Geschäftsbetrieb, Innovation, Kunden- sowie Mitarbeiterorientierung.

Mit der Aufstellung des Jahresarbeitsprogramms hat das Umweltamt sich selbst ein Instrument gegeben, das die vollständige, systematische und standardisierte Darstellung

der Arbeitsplanung und damit Transparenz nach innen und außen ermöglicht. Über das Jahresarbeitsprogramm wird die Arbeit strukturiert. Bereits bei der Planung wird sie auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft und der Ressourcenbedarf (Arbeitszeit, Finanzen) festgelegt.

Das vierteljährliche Controlling dient zur Steuerung der Arbeitsprozesse. Durch den regelmäßigen, systematischen Vergleich von Planung (Soll) und Umsetzung (Ist) ist ein Fortschritt oder Stillstand bei der Zielerreichung zu erkennen. Sollte es zu Verzögerungen bei der Umsetzung kommen, so kann frühzeitig eingegriffen und korrigiert werden sowie ein notwendiges Umsteuern und -planen erfolgen.



Die Software e-M.O.S. ermöglicht den einzelnen Produktbereichen die EDV-gestützte Jahresarbeitsplanung

AUSZÜGE AUS DEM CONTROLLINGBERICHT 2007 DES AMTSLEITERS

GESAMTSITUATION DES UMWELTAMTES

Anzahl der Beschäftigten

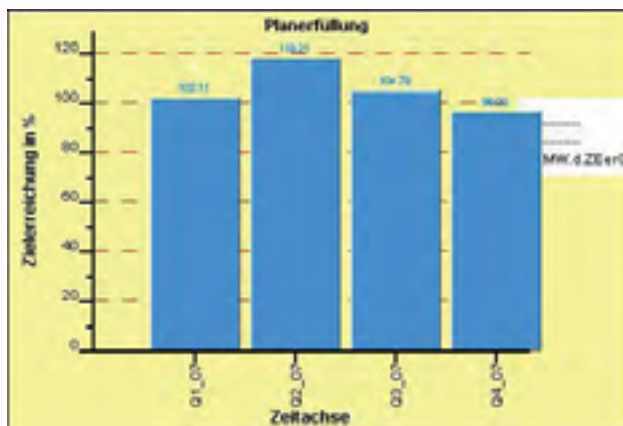
Die Mitarbeiterzahl war in 2007 nicht konstant. Auf Grund der Ausgliederung des Produktbereichs Analytik wechselten sieben Mitarbeiter/-innen zu den Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW). Eine Mitarbeiterin des Bereichs blieb dem Umweltamt aber als Halbtagskraft erhalten. Zur Umsetzung spezieller Projekte wurden drei neue Mitarbeiter befristet zugeordnet.

Zum 31. Dezember 2007 waren insgesamt 78 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Umweltamt beschäftigt. Das entspricht 68,28 Vollzeitkräften. Davon waren wiederum vier Mitarbeiter in der Freizeitphase der Altersteilzeit, so dass zum Jahresende insgesamt 74 aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder 64,28 Vollzeitkräfte tätig waren.

Zielerreichung

Im Berichtsjahr 2007 sind die geplanten Ziele erreicht worden. Die Planerfüllung lag mit 105,33 % für das gesamte Jahr 2007 deutlich über dem Soll. In manchen Arbeitsbereichen wurde diese Durchschnittszahl übertroffen, da aktuelle Ereignisse eine weitergehende Änderung der Arbeitsplanung erforderten.

Die Verteilung der Arbeitsergebnisse über die einzelnen Quartale im Verhältnis zum Plan gestaltete sich wie folgt:

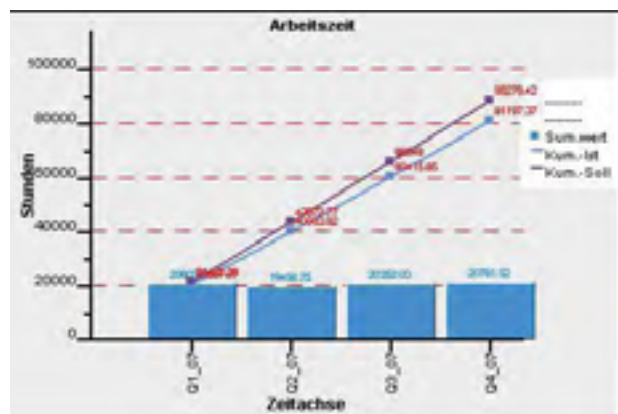


Planerfüllung im Umweltamt, Berichtsjahr 2007

Arbeitszeit

Die Planung für das gesamte Jahr 2007 sah eine Arbeitszeit von 88.278 Stunden vor, bei einer Besetzung aller Planstel-

len. Tatsächlich standen dem Umweltamt im Jahr 2007 aber 81.197 Stunden an Arbeitszeit zur Verfügung, statt 100 % also nur 91,98 %. Dieses um 8 % verringerte Stundenkontingent ist darauf zurückzuführen, dass ein Teil der Stellen des Umweltamtes im Jahr 2007 gar nicht (Feldschutz), ein anderer Teil erst nach einer Vakanz von mehreren Monaten wieder besetzt wurde.



Arbeitszeit im Umweltamt, Berichtsjahr 2007

Dass dennoch die geplanten Arbeitsziele erreicht werden konnten beziehungsweise in einigen Bereichen deutlich mehr als geplant umgesetzt wurde, liegt an einer weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität und einer erneuten Verdichtung des Arbeitstages.

Das ging teilweise zu Lasten der persönlichen Fortbildung. Aufwendungen zur Qualitätssicherung mussten auf ein gerade noch zu vertretendes Maß gekürzt werden oder es wurden die Überwachungszeiten im Rahmen des Vollzugs der Gesetze gesenkt. Innovationen konnten auch nicht in dem erforderlichen Umfang angegangen werden.

Letztendlich ist diese Steigerung der Arbeitsproduktivität nur durch die hohe Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht worden.

Finanzen

Das Ergebnis des Jahresabschlusses ist durchweg positiv. Bis zum 31. Dezember 2007 lagen die Ausgaben nach SAP-Bericht um 5,33 % unter den Plandaten, die Einnahmen mit 4,0 % über dem Planungssoll. Einen detaillierten Überblick in Zahlen geben die Finanzdaten zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt auf den Seiten 9 bis 13.

DIE „DOPPELTE BUCHFÜHRUNG“ – SEIT 2007 AUCH IN WIESBADEN

Die „Doppelte Buchführung in Konten Soll und Haben“, kurz Doppik genannt, startete zum 1. Januar 2007 in der Stadtverwaltung Wiesbaden und löste die bis dahin gültige Kameralistik ab. Diese neue Form der Buchführung führte zu einer Neustrukturierung der Darstellung aller Geschäftsvorgänge. Von daher ist es in diesem Geschäftsbericht 2007/2008 nicht möglich, Vergleichszahlen aus dem Vorbericht anzugeben, denn die Vergleichbarkeit ist wegen der Neustrukturierung an vielen Stellen nicht mehr gegeben.

FINANZDATEN UMWELTAMT – VERWALTUNGSHAUSHALT

Mit der Einführung der doppelten Buchführung wurden die Ämter zu Profitcentern. Das Profitcenter Umweltamt – Bereiche Wiesbaden und Amöneburg, Kastel, Kostheim (AKK) – hat im Jahr 2007 einen Abschluss von 412.731 € über dem geplanten Zuschussbedarf zahlungswirksam erwirtschaftet. Darin enthalten sind die Mehreinnahmen des Umweltlabors, das bis 2007 dem Umweltamt zugeordnet war, die geplanten Einnahmen und Ausgaben für die Altlastenbeseitigung des Gaswerks Bad Schwalbach, die in der neuen Haushalts-systematik nicht mehr im investiven Bereich abgebildet werden konnten, und die Mittel für die Lärminderungsplanung in Höhe von 67.700 €.

Die Erstellung einer Bilanz ist auf der Ebene der Profitcenter nicht möglich. Daher ist im Folgenden eine Übersicht über den Abschluss des Ergebnishaushalts für das Umweltamt in

Anlehnung an das HaushaltsManagementSystem (HMS) – Auswertung vom 29. Februar 2008 zum Stand 31. Dezember 2007 und mit Buchungsstand vom 9. Januar 2009 zum Stand 31. Dezember 2008 – dargestellt.

Das Ergebnis des Finanzabschlusses 2007 ist erfreulich, da das vorgegebene Budget eingehalten wurde und die vielfältigen Leistungen, die in diesem Bericht dargestellt sind, umsetzbar waren. Es wurden zudem Mehreinnahmen erzielt, die für eine Vollzugsverwaltung unüblich sind, beispielsweise wurde auf Grund innovativer Projektleitung ein Erfolgshonorar gezahlt. Es darf jedoch aus diesem positiven Abschluss nicht gefolgert werden, dass Budgetüberhänge existieren, die in den nächsten Jahren eingespart werden könnten. Zum einen verbergen sich hinter der Summe Einmaleffekte, wie das Auseinanderfallen von Einnahmen und Ausgaben zum Jahresabschluss. Zum anderen mussten witterungsbedingt schon beauftragte Unterhaltungsmaßnahmen verschoben werden.

Das gute Haushalten 2007 hat sich rentiert. Insgesamt 349.650 € wurden dem Umweltamt vom Dezernat in 2008 wieder zur Verfügung gestellt. Insbesondere für Verkehrssicherungsmaßnahmen und die Unterhaltung der Grundstücke an Gewässern und in Natur und Landschaft mussten die zu knapp bemessenen Haushaltsmittel um 220.000 € aufgestockt werden. Weitere große Posten auf der Überleitungsliste wurden zur Verwendung vorgesehen



| JAHRESABSCHLUSS 2007 - ERGEBNISHAUSHALT | | | | |
|--|---|---|---|---|
| Einnahmen | Ansatz 2007 + Fortschreibung in Tausend Euro | IST 2007 in Tausend Euro | Ansatz 2008 + Fortschreibung in Tausend Euro | IST 2008 in Tausend Euro |
| Umsatzerlöse aus Verkauf/Verpachtung | -1 | -1 | 0 | 0 |
| Erträge aus Verwaltungsgebühren/Bußgeldern | -210 | -149 | -171 | -150 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | -461 | -549 | -161 | -471 |
| Unterhaltung Biotop- und Ausgleichsflächen, Erlöse | 0 | -97 | 0 | -172 |
| Nebenerlöse, periodenfremde Erlöse | -34 | -29 | 0 | -24 |
| Zuweisungen Land/Auflösung Rücklage | -77 | 0 | -28 | -20 |
| Bestandsveränderungen aus Instandhaltungen/ aktivierte Eigenleistung | 0 | -12 | -91 | -212 |
| Summe Einnahmen | -783 | -837 | -451 | -1.049 |
| Ausgaben | | | | |
| Personalaufwendungen | 2.495 | 2.995 | 2.916 | 3.204 |
| Personalnebenausgaben/ Versorgungsaufwendungen | 1.164 | 1.000 | 1.173 | 962 |
| Arbeitsplatzkosten | 72 | 99 | 76 | 163 |
| Leistungsvertrag und Zusatzkosten WIVERTIS- EDV | 243 | 192 | 210 | 114 |
| Instandhaltung und Betrieb von Dienst-Kfz | 13 | 11 | 14 | 9 |
| Gutachten für Vorplanungen - Dienstleistungen Architekten, Ingenieure | 124 | 80 | 66 | 37 |
| Unterhaltung Biotop- und Ausgleichsflächen, Ausgaben | 0 | 52 | 88 | 73 |
| Unterhaltung unbebaute Grundstücke WI und AKK | 1.093 | 714 | 1.112 | 828 |
| Mitgliedsbeiträge für Verbände: KABS, KAG ... | 53 | 62 | 74 | 96 |
| Mitgliedsbeitrag Naturpark Rhein-Taunus | 44 | 58 | 44 | 58 |
| Aufträge an Klimaschutzagentur Wiesbaden e.V. | 52 | 52 | 52 | 52 |
| Troncmittel | 6 | 16 | 6 | 10 |
| Sonderprojekt Erneuerbare Energien | 0 | 0 | 200 | 21 |
| Sonderprojekt KMW | 0 | 0 | 60 | 48 |
| Gerichts- und Anwaltskosten, Sachverständige | 26 | 12 | 25 | 6 |
| Vermischte Aufgaben | 677 | 372 | 749 | 415 |
| Abschreibungen | 16 | 26 | 138 | 117 |
| Summe Ausgaben | 6.078 | 5.741 | 7.003 | 6.213 |
| Zuschussbedarf 2007 | 5.295 | 4.904 | | |
| Zuschussbedarf 2008 | | | 6.552 | 5.164 |

für einen Zuschuss zur Altlastenbeseitigung des Gaswerks Bad Schwalbach, für die Beitragserhöhung bei der KABS (Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnaken e.V.) und die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für den Naturpark Rhein-Taunus.



Die Landeshauptstadt Wiesbaden bekämpft als Mitglied der KABS e.V. aktiv Stechmückenplagen auf dem Stadtgebiet

Für Sonderprojekte, die in 2007 nicht planbar waren, wurden dem Umweltamt in 2008 ebenfalls zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, beispielsweise für die Förderung erneuerbarer Energien, die fachliche Begleitung des Genehmigungsverfahrens zum Kohleheizkraftwerk auf der Ingelheimer Aue und das Streuobst-Förderprogramm.

In der Budgetbetrachtung ist die Abwicklung der Unterhaltung von Biotop- und Ausgleichsflächen – sowohl auf der Einnahmen- als auch Ausgabenseite – erkennbar. Das Umweltamt verfügt über zweckgebundene Rücklagen in Höhe von 1,297 Mio €, die aus städtebaulichen Verträgen, Ökokontomaßnahmen, Erschließungsbeiträgen und Ausgleichsabgaben gefüllt und direkt zur Wiederherstellung von Biotopflächen, Anlage neuer Ökokontoflächen, Neupflanzung von Bäumen und Schaffung von Ausgleichsflächen genutzt werden. Mehreinnahmen und/oder Mehrausgaben werden am Jahresende mit der Rücklage abgerechnet.

Weiterhin stehen dem Umweltamt zweckgebundene Rückstellungen für die Nachsorge von Altablagerungen in Höhe von 202.000 € und Mittel für Projekte aus der Grundwasserabgabe in Höhe von 187.000 € zur Verfügung.



Anlage und Pflege von Streuobstwiesen werden seit 2008 über ein Förderprogramm besonders gefördert

Die bis 2006 durchgeführte Verrechnung von Leistungen zwischen den Ämtern bildete die tatsächlichen Vorgänge nur begrenzt ab. Mit dem Start in die Doppik wurde flächendeckend die „direkte Leistungsverrechnung“ (dLV) eingeführt. Die Planung der dLV wurde zwar auf Basis der bisherigen Kontrakte für „innere Verrechnungen in der Kameralistik“ vorgenommen, aber es gab bisher bei den geplanten Einnahmen und Ausgaben keine hinterlegten Tarife für Personal auf den entsprechenden Kostenstellen.

Die Produkte des Umweltamtes wurden im Ergebnishaushalt mit 1.067.233 € Leistungsverrechnungen über Anlagen-, Steuerungs- und diversen Querschnittsumlagen belastet und haben sich im gleichen Zeitraum um 224.783 € entlastet.



Die Amphibienteiche unterhalb der Goldsteinwiese sind "Ökokontoflächen"

FINANZDATEN UMWELTAMT - INVESTITIONS-MANAGEMENT (VERMÖGENSHAUSHALT)

Bei der Umstellung von der Kameralistik auf die doppelte Buchführung wurden im InvestitionsManagement für das Investitionsbudget (früher: Vermögenshaushalt) neue Weichen gestellt. Das Budget ist nun unterteilt in Instandhaltungs- und Investitionsprojekte, die sich wiederum in Programm- und Einzelmaßnahmen in Wiesbaden und AKK untergliedern.

Im Investitionsbudget wurden Ausgaben in Höhe von 840.877 € geleistet und 81.890 € Einnahmen angefordert. Diese Diskrepanz entstand, weil die Einnahmen teilweise

zeitversetzt, also im nächsten Jahr realisiert wurden, da zum Beispiel das Land Hessen zuerst die Verwendungsnachweise für die Ausgaben prüft und erst dann eine Schlussabrechnung beziehungsweise Erstattung der Ausgaben erfolgt. Zudem gibt es einige Posten, die mit anderen Mitteln (Rückstellungen, Kostenerstattungen etc.) gegenfinanziert werden und somit kein Darlehensbudget verbrauchen.

Das Instandhaltungsbudget gliedert sich auf in Instandhaltung für Grundstücke (an Gewässern und in der Natur und Landschaft) und der Instandhaltung des Verwaltungsgebäudes Luisenstraße 23. Die Ansätze für Hochwasserschutz und Altlastensanierungen beziehen sich auf Projekte, die über mehrere Jahre abgewickelt werden.



| JAHRESABSCHLUSS 2007 INVESTITIONSMANAGEMENT - INVESTITIONSBUDGET | | | | |
|---|---|---------------------------------|---|---------------------------------|
| Einnahmen | Ansatz 2007 + Fortschreibung in Tausend Euro | IST 2007 in Tausend Euro | Ansatz 2008 + Fortschreibung in Tausend Euro | IST 2008 in Tausend Euro |
| Refinanzierung für Investitionen | -30 | -5 | -207 | -8 |
| Refinanzierung aus Grundstücksfonds | -189 | 0 | 0 | 0 |
| Verkaufserlöse aus Investitionen | 0 | -20 | 2 | 0 |
| Zuschüsse von Dritten (Land) | -1.265 | -57 | -3.165 | -3.142 |
| Summe Einnahmen | -1.484 | -82 | -3.370 | -3.150 |
| Ausgaben | | | | |
| Neu- und Ersatzbeschaffung Betriebsinventar ¹ | 109 | 102 | 75 | 25 |
| Inventarbeschaffungen für Grundstücke ² | 14 | 8 | 29 | 31 |
| Grundstücksverrechnungen | 103 | 0 | 103 | 0 |
| Altlastensanierungen | 1.590 | 267 | 3.140 | 636 |
| Hochwasserschutz | 2.736 | 357 | 2.740 | 540 |
| Regionalparkprojekte | 122 | 1 | 121 | 61 |
| Lärminderungsplanung | 30 | 21 | 9 | 8 |
| Klimaschutz-Innovationsprojekt Nahwärmeinsel ³ | 186 | 0 | 200 | 131 |
| Biotop-Ausgleichsprojekte ^{4 und 5} | 0 | 85 | 392 | 258 |
| Zuschüsse für Projekte aus Troncmitteln ^{4 und 6} | 14 | 0 | 14 | 14 |
| Summe Ausgaben | 4.904 | 841 | 6.823 | 1.704 |
| Instandhaltungsbudget | | | | |
| Grundstücksinstandhaltung | 127 | 48 | 180 | 71 |
| Verwaltungsgebäude INS | 16 | 1 | 23 | 5 |
| Summe Instandhaltungsbudget | 143 | 49 | 203 | 76 |
| Eigenleistung | | | | |
| Investitions-Eigenleistungen | 117 | 102 | 187 | 238 |
| Instandhaltungs-Eigenleistungen | 17 | 9 | 22 | 6 |
| Summe Eigenleistung | 134 | 111 | 209 | 244 |

¹ Hier ist auch die Beschaffung des neuen Fahrzeugs für die Indirekteinleiterkontrolle samt Einbauten enthalten

² Zum Beispiel: große Bäume, Bänke, Hinweistafeln und anderes mehr

³ Nahwärmeinsel Kleine Schwalbacher Straße: Nutzung von Thermalwasser für Heizung und warmes Wasser

⁴ kein Darlehensbedarf

⁵ Im Rahmen von Biotop-Ausgleichsprojekten werden Eingriffe in die Natur, die beispielsweise bei der Aufstellung eines Bebauungsplans möglich werden, an anderer Stelle – möglichst ortsnah – wieder ausgeglichen. Bei Kostenerstattung für Ausgleichsabgaben, städtebauliche Verträge oder dem Verkauf von Ökokontomaßnahmen werden Gelder eingenommen, die zur Herstellung von Biotopflächen verwendet werden.

⁶ Aus Troncmitteln der Spielbank können auch Umweltprojekte finanziert werden. Der Anteil dafür wird in jedem Jahr neu von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung festgelegt. Es wird dabei auch über die Mittelverteilung zum Beispiel an Vereine, Schulen etc. entschieden. Es gab im Jahr 2007 keine investiven Maßnahmen, nur kleinere Zuschüsse für Informationsmaterial und anders mehr, die im Ergebnishaushalt abgewickelt wurden.

DAS UMWELTAMT – SEINE AUFGABEN, SEINE PRODUKTBEREICHE

Das Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden (Amt 36) erfüllt überwiegend umweltordnungsbehördliche Aufgaben mit gesetzlichem Auftrag. Im Amt sind die folgenden unteren staatlichen Aufgaben angesiedelt:

- Untere Naturschutzbehörde (UNB)
- Untere Wasserbehörde (UWB)
- Untere Bodenschutzbehörde (UBB)
- Untere Abfallbehörde (UAB); entspricht § 25 a Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA)
- Untere Forstbehörde
- Immissionsschutz
- Überwachung Gefahrguttransport
- Vollzug der Aufgaben nach dem Chemikaliengesetz
- Vollzug der Aufgaben nach dem Sprengstoffgesetz
- Vollzug der technischen Kontrollverordnung
- Vollzug der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung

Die Aufgaben wurden als Weisungsaufgabe vom Land Hessen oder der Bundesrepublik Deutschland der Stadt Wiesbaden beziehungsweise dem Oberbürgermeister übertragen.

Die behördlichen und nicht behördlichen Aufgaben werden in den Produktbereichen umgesetzt. Neben der Amtslei-

tung/Amtssteuerung (360000) und dem Internen Service (360100) sind dies die Fachbereiche:

- Luft/Lärm (360200)
- Abfall und Altlasten (360300)
- Landschaftsplanung (360400)
- Natur und Landschaft (360500)
- Umweltprüfung und -koordination (360600)
- Umweltöffentlichkeitsarbeit (360700)
- Schutz und Bewirtschaftung der Gewässer (360900)
- Umweltmanagement (361000)

Der Produktbereich Analytik (360800) mit seinen Analysetätigkeiten wurde in 2007 dem Labor der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden zugeordnet.

Der Geschäftsbericht 2007/2008 verfolgt nicht den Anspruch, die vielfältigen Aufgaben und Projekte der einzelnen Produktbereiche des Amtes lückenlos aufzuführen und zu dokumentieren. Es werden vielmehr Schwerpunktthemen vorgestellt, vornehmlich aus dem Jahr 2007. Wie umfangreich die Arbeit in dem jeweiligen Bereich war, kann der knapp gefassten Leistungsbilanz, ebenfalls überwiegend 2007, entnommen werden, die jedem Produktbereich vorangestellt ist.

LEISTUNGSBILANZ INTERNER SERVICE

Personalstand:

5 Beschäftigte, entsprechen 4,1 Vollzeitkräften

| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
|-----------------------------------|--------------------------------------|--------------|--------------|
| Serviceleistungen EDV | Qualitätspunkte | 24 | 28 |
| Serviceleistung Beschaffung | Beschaffungen | 100 | 133 |
| Serviceleistung Personalbetreuung | Qualitätspunkte | 60 | 45 |
| Serviceleistung Organisation | Qualitätspunkte | 60 | 46 |
| Serviceleistung Hausmanagement | Reparaturaufträge | 36 | 52 |
| Serviceleistung Finanzen | Rechnungsanweisungen | 660 | 647 |
| Steuerungsunterstützung | Budgetauswertungen | 60 | 48 |
| SAP-Umsetzung | Umsetzung Budget- und Finanzvorgänge | 3.000 | 3.159 |
| Budget-(Haushaltsplan)Vollzug | Finanztechnische Vorgänge | 800 | 657 |
| Gesamt | | 4.800 | 4.815 |

Das hohe Engagement aller Mitarbeiter/-innen bewirkte die Zielerreichung von 100 %, obwohl die SAP-Einführung

Personalressourcen gebunden hat und eine Mitarbeiterin vorzeitig in eine Familienphase gewechselt ist.

EINFÜHRUNG VON SAP IN DER STADTVERWALTUNG WIESBADEN - UND DAMIT AUCH IM UMWELTAMT

Der 1. Januar 2007 war der Starttermin zur Einführung der „Doppelten Buchführung in Konten Soll und Haben“ – kurz Doppik genannt – in der Stadtverwaltung Wiesbaden. Die doppelte Buchführung hat zum Ziel, planmäßig und lückenlos alle Geschäftsvorgänge aufzuzeigen, damit jederzeit ein Überblick über die Vermögens- und Schuldenlage der Stadt abrufbar ist. Mit der Doppik wird die bis dahin gültige Kameralistik (einfache Buchführung) abgelöst, die in die neue doppelte Buchführung in einem mehrjährigen Prozess im Rahmen des Projekts inteR (integriertes Rechnungswesen) „übersetzt“ wurde. Damit verbunden war die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung.

Das Umweltamt hat über die Jahre ein eigenes Finanzcontrolling auf Basis kameraler Daten durchgeführt. Auf Grund der Änderung der Datenbasis mit gleichzeitiger Einführung eines neuen, aber relativ starren Arbeitsinstruments – SAP (Systeme, Anwendungen, Produkte in der Datenverarbeitung) – musste zur Lösung der anstehenden Aufgaben ganz neu gedacht und andere Abläufe installiert werden. So wurden die Dezernatsrechnungsstellen mit der Haushaltsumstellung aufgelöst und Teile der Aufgaben in die Fachämter zurückdelegiert. Zu deren Bewältigung und zur neuen SAP-Umsetzung wurde der Interne Service im Umweltamt zum Starttermin um eine halbe Sachbearbeiterstelle verstärkt.

Um im SAP-System buchen zu können, müssen Lizenzen erworben werden, die mit verschiedenen Rollen für die Teilsysteme Controlling (CO), InvestitionsManagement (IM), MaterialManagement (MM) und Finanzbuchhaltung (FI) hinterlegt sind. Im Umweltamt haben insgesamt sechs Mitarbeiter/-innen aus unterschiedlichen Produktbereichen Lizenzen erhalten. Sie führen die SAP-Tätigkeiten zusätzlich zu ihrer übrigen Facharbeit aus. Um alle Lizenzinhaber auf aktuell gleichem Stand zu haben, wurde unter Federführung des Internen Services ein SAP-Team 36 gebildet. Dadurch konnten Probleme in der Anfangszeit sehr effektiv und schnell gelöst werden. Das Team trifft sich heute noch nach Bedarf. Diese Maßnahmen und die gute Vorarbeit in den Projektgruppen unter der Federführung des Internen Service zur Vorbereitung der SAP-Umsetzung haben sich bestens bewährt.

Zum Start wurden von den Dezentralen Steuerungsunterstützern/-innen des Umweltamtes Arbeitsinstrumente speziell für die Fachbereiche des Umweltamtes zur Verfügung gestellt – zum Beispiel eine Kurzanleitung für Haushalts-

abläufe, ein Programm-Ablauf-Plan (PAP) für Bestellungen, Übersichten über die neuen Kontierungsobjekte (wie Kostenstellen, Innenaufträge, PSP-Elemente), ebenso Strukturberichte für die investiven Projekte und anderes mehr.

Die vielfältigen Budget-Besonderheiten des Umweltamtes führen zu einem regen Austausch mit der Anlagenbuchhaltung, da es immer wieder Abgrenzungsprobleme zwischen Investition, Instandhaltung und Abwicklung im Ergebnishaushalt (CO) gibt. Das ist nicht verwunderlich, denn gerade im ersten Jahr der Umsetzung waren ja noch keine Erfahrungswerte vorhanden oder es standen zur Regelung keine DIN-Normen, wie zum Beispiel für den Hochbau/Tiefbau, zur Verfügung. So verändern Renaturierungsmaßnahmen beispielsweise den Charakter eines Grundstücks: Die Anlage von Streuobstwiesen erhöht den Wert für die Umwelt, vermindert aber den erzielbaren Quadratmeterpreis beim Verkauf. All dies gilt es bei der Buchhaltung mit zu berücksichtigen.

Zeitprobleme der SAP-Koordinatoren auf Stadtebene führten dazu, dass für die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen, Baumschutzabgabe, Ökokonto und städtebaulicher Verträge die Übersetzungen von der Kameralistik zur Doppik erst im laufenden Jahr 2007 erarbeitet werden konnten.

In Informationsveranstaltungen wurden 2007 den Produktbereichen Abläufe und Berichte von den Dezentralen Steuerungsunterstützern/-innen erläutert und Fragen beantwortet. Bewährt haben sich Budgetrunden in regelmäßigen Abständen pro Bereich, da hier gezielter auf die fachbereichsspezifischen Fragen eingegangen werden kann. Für das Finanzcontrolling im Ergebnishaushalt wurden 2007 jeden Monat 60 Berichte zur Verfügung gestellt – dazu kamen noch Berichte für das Investitionsbudget.

Die SAP-Einführung im Umweltamt ist dank aller Beteiligten in guter Zusammenarbeit und mit Geduld und Verständnis gelungen. Kommt es zu Veränderungen von Geschäftsprozessen, müssen auch die finanztechnischen Abläufe, Kontierungsobjekte und anders mehr angepasst werden – daher wird die Arbeit spannend bleiben.

In 2008 wurde auf Basis der SAP-Berichte ein Steuerungsinstrument für die Amtsleitung und die Produktbereichsleiter/-innen entwickelt.

LEISTUNGSBILANZ LUFT/LÄRM

Personalstand: 8 Beschäftigte, alle Vollzeitkräfte

| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
|--|-------------------|--------------|--------------|
| Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), fachtechnische Stellungnahmen zu Planungsvorhaben und Baugenehmigungsverfahren | Anzahl | 150 | 154 |
| Maßnahmen der Gefahrenabwehr | Anzahl | 750 | 917 |
| Ordnungswidrigkeitsverfahren | Anzahl | 150 | 65 |
| Maßnahmen zur Überwachung von Gaststätten, Baustellen und Feuerungsanlagen | Anzahl | 200 | 237 |
| Gesamt | | 1.250 | 1.373 |
| Gefahrgutüberwachung | | | |
| Betriebs-, Straßen- und Eisenbahnkontrollen und Ordnungswidrigkeitsverfahren | Anzahl | 200 | 235 |
| Gesamt | | 200 | 235 |
| Messtechnik | | | |
| Klimamessstation | Messtage | 12 | 12 |
| Messprogramm | Messtage | 164 | 160 |
| Messberichte, Gutachten etc. | Berichte | 19 | 20 |
| Sonderprojekte | | | |
| Aufstellung Lärminderungsplan | Projektschritte | 4 | 4 |
| Aufstellung Luftreinhalteplan | Projektschritte | 4 | 4 |

LÄRMMINDERUNGSPLANUNG – UMGEBUNGSLÄRMRICHTLINIE

Nach der Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Umgebungslärmrichtlinie, 2002/49/EG) muss die Belastung durch Umgebungslärm ermittelt und in Lärmkarten dargestellt werden. Die Karten dienen unter anderem der Information der Öffentlichkeit. Sie bilden aber auch die Basis beim Aufstellen von Aktionsplänen, mit denen Lärmprobleme und Lärmauswirkungen, einschließlich der Lärminderung, künftig geregelt werden sollen.

Die Umgebungslärmrichtlinie beinhaltet ein mehrstufiges Konzept. In einer ersten Stufe wurden bis zum 30. Juni 2007 Lärmkarten – getrennt nach den unterschiedlichen Lärmquellen wie Straßenverkehr, Schienenverkehr, Flughäfen oder Industriegelände (IVU-Anlagen) – für Ballungsräume¹

erstellt. Dazu musste erhoben werden, wo und in welchem Umfang Lärmbelastungen im Stadtgebiet auftreten und es war zu dokumentieren, wie viele Wohnungen und wie viele Menschen bestimmten Lärmpegeln ausgesetzt sind.

Der Ballungsraum Wiesbaden umfasst eine Fläche von 204 Quadratkilometer (km²). Hier leben rund 275.000 Einwohner. Für Wiesbaden war nur der Straßenverkehrslärm zu kartieren. Das zu untersuchende Straßennetz umfasst inklusive Pufferzone 829 Straßenabschnitte mit einer Gesamtlänge von zirka 350 Kilometern und enthält alle Straßen mit einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke (DTV) von mehr als 3.000 Fahrzeugen (Kfz/24 h).

¹ Unter Ballungsräumen versteht man den Lebensraum von mehr als 250.000 Menschen. Hier fahren pro Jahr auf den Hauptverkehrsstraßen mehr als sechs Millionen Fahrzeuge, auf den Haupteisenbahnlinien über 60.000 Züge und auf dort angesiedelten Großflughäfen gibt es über 50.000 Flugbewegungen jährlich.

Für die Berechnung der Lärmkarten mussten eine ganze Reihe von Eingangsdaten erfasst werden:

- Geländemodelle
- Geländehöhen
- Lage der Verkehrswege
- Lage der Schallschutzeinrichtungen
- Verkehrsmengen, Verkehrszusammensetzung, zulässige Höchstgeschwindigkeiten usw.
- Schutzwürdige Einrichtungen, Schulen, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeeinrichtungen
- Einwohnerdaten

Diese Daten wurden vom Produktbereich Luft/Lärm erhoben,

auf Plausibilität geprüft und der Hessischen Landesanstalt für Umwelt und Geologie (HLUG), die für die Durchführung der Berechnung zuständig ist, zur Verfügung gestellt.

Neben der Darstellung der flächenhaften Belastung in Form von Lärmkarten sieht die EU-Umgebungslärmrichtlinie auch tabellarische Angaben über die Anzahl der von Lärm belasteten Menschen, Wohnungen sowie Schul- und Krankenhausbauten vor. Weiter sind Angaben zur Gesamtfläche von lärmbelasteten Gebieten zu machen. In dem Ballungsraum Wiesbaden mit einer Fläche von zirka 204 km², 275.000 Einwohnern sowie 86 Schulen und 19 Krankenhäusern sind tagsüber fast 70.000 Menschen von Straßenlärm betroffen.



Untersuchtes Hauptstraßennetz im Ballungsraum Wiesbaden

(Quelle: Accon GmbH)

Von Lärm sind folgende Flächen, Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser tagsüber betroffen:

| dB(A) | | Straßenlärm | | | |
|---------------|-----|---------------------------|---------------|-----------|---------------|
| über | bis | Fläche (km ²) | Wohnungen | Schulen | Krankenhäuser |
| 55 | 65 | 53,8 | 21.800 | 23 | 2 |
| 65 | 75 | 18,5 | 10.800 | 3 | 0 |
| 75 | | 5,3 | 400 | 0 | 0 |
| Gesamt | | 77,6 | 33.000 | 26 | 2 |

| dB(A) | | Belastete Menschen (nach VBEB) - Straßenlärm | |
|---------------|-----|--|--------------------|
| über | bis | L _{DEN} | L _{Night} |
| 50 | 55 | - | 20.100 |
| 55 | 60 | 28.100 | 15.300 |
| 60 | 65 | 17.600 | 7.100 |
| 65 | 70 | 14.300 | 1.100 |
| 70 | 75 | 8.300 | 0 |
| 75 | | 900 | 0 |
| Gesamt | | 69.200 | 43.600 |

LÄRMMINDERUNGSPLANUNG – LÄRMSANIERUNGSMASSNAHMEN AN BAHNSTRECKEN

Nachdem die Lärmsanierungsmaßnahmen an der Bahnstrecke in Schierstein, Biebrich und Amöneburg im Jahr 2007 abgeschlossen wurden, führt die Deutsche Bahn AG das Programm für den Schallschutz in den Ortsdurchfahrten in Mainz-Kastel, Mainz-Kostheim und der Siedlung Pfandloch fort. Nach den Richtlinien der Bahn werden nur Gebäude geschützt, die vor In-Kraft-Treten des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zum 1. April 1974 erbaut wurden beziehungsweise der geltende Bebauungsplan vor diesem Termin rechtsverbindlich verabschiedet wurde.

Das untersuchte Lärmsanierungsgebiet erstreckt sich in Mainz-Kostheim vom Pfandlochweg bis zur Marie-Juchacz-Straße in Mainz-Kastel, von Bahnkilometer 29,9 bis Bahnkilometer 35,4 der Strecke Frankfurt - Wiesbaden sowie von Höhe Siebenmorgenweg bis etwa Höhe Steigweg von Bahnkilometer

7,8 bis Bahnkilometer 8,4 der Strecke Bischofsheim - Mainz. Es war Aufgabe des Fachbereiches Luft/Lärm, die erforderlichen Daten anhand der Bauakten und der Bebauungspläne zu erheben und der Deutschen Bahn AG zur Verfügung zu stellen. Die ersten Ergebnisse zur Lärmbelastung an Bahnstrecken lagen im 4. Quartal 2007 vor. Mögliche Lärmsanierungsmaßnahmen wurden den betroffenen Ortsbeiräten im Rahmen einer Sondersitzung vorgestellt.

In erster Linie wird die Bahn Schallschutzwände errichten. Wo diese Art der Schallschutzmaßnahme nicht umgesetzt werden kann, finanziert die Bahn 75 % der Kosten für den Einbau von Schallschutzfenstern. Das gilt auch für Wohnungen, die trotz Schallschutzwand über das zulässige Maß hinaus dem Eisenbahnlärm ausgesetzt sind. Für die Abwicklung des Programms ist der Sommer 2009 vorgesehen.

GEFAHRGUTÜBERWACHUNG – UMSETZUNG DER TECHNISCHEN KONTROLLVERORDNUNG

Oberstes Ziel der Gefahrgutüberwachung ist die Prävention, um Unfälle zu verhüten. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Umsetzung der „Technischen Kontrollverordnung“ im Straßenverkehr zu sehen.

Im Produktbereich Luft/Lärm im städtischen Umweltamt ist die Gefahrgutüberwachung angesiedelt. Zu den Aufgaben der Mitarbeiter gehört es, technische Mängel an Fahrzeugen zu entdecken, die Gefahrgut befördern. Im Jahre 2007 haben sie insgesamt 41 Nutzfahrzeuge nach den gesetzlichen Vorgaben überprüft. Dabei ergaben sich 31 Beanstandungen.

Eine Weiterfahrt wurde in 29 Fällen gestattet, da die Mängel vor Ort behoben werden konnten. Für zwei Fahrzeuge war die Fahrt zu Ende. Sie mussten wegen erheblicher tech-

nischer Mängel aus dem Verkehr gezogen werden. Dabei handelte es sich um eine defekte Bremsanlage und um erhebliche Mängel im Fahrzeugaufbau, denn sowohl die Federung wie auch das Fahrgestell waren defekt, außerdem trat Öl aus.

Defekte Reifen wie dieser sind in der Gefahrgutüberwachung keine Seltenheit



MESSTECHNIK

- Begleitend zu den Aktivitäten zum Luftreinhalteplan lag der Schwerpunkt des Jahresmessprogrammes zur Luftqualität im Jahr 2007 auf dem Bereich Innenstadt im Umfeld des 1. und 2. Ringes.
- Zusätzlich zu den mobilen Messungen mit dem Umweltmesswagen wird im Innenstadtbereich in Höhe des Gebäudes Kaiser-Friedrich-Ring 51 eine Einrichtung zur Bestimmung des Feinstaubes in der Außenluft betrieben.
- Weiterhin wurden im Jahr 2007 lufthygienische Untersuchungen im Bereich Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim sowie Wiesbaden-Schierstein durchgeführt. Im Zentrum von Mainz-Kostheim wird seit Mitte Oktober 2007 eine neue Messeinrichtung zur kontinuierlichen Erfassung des Feinstaubes betrieben.
- Nach 60-jährigem Betrieb der Wetterstation Wiesbaden-Süd auf einem ehemaligen Gärtnerigelände an der Balthasar-Neumann-Straße musste diese aufgrund der Erweiterung des Parkplatzes des Berufsschulzentrums umziehen. Die Station wird seit dem Jahr 2001 vom Fachbereich Messtechnik betreut und erfreut sich nun eines neuen Standortes auf der gegenüberliegenden Seite des verbliebenen ehemaligen Gärtnergrundstückes.



Die Wetterstation Wiesbaden-Süd in der Balthasar-Neumann-Straße

LEISTUNGSBILANZ KLIMASCHUTZ

Die Aufgaben des Umweltamtes im Bereich Klimaschutz werden nicht in einem eigenständigen Produktbereich bearbeitet. Die Arbeit wird vielmehr von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Produktbereiche „Abfall und Altlasten“, „Umweltprüfung und -koordination“ sowie der Klimaschutzagentur Wiesbaden e.V. (KSA) erledigt, die hierfür

im Rahmen einer Leistungsvereinbarung einen finanziellen Zuschuss erhält.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 1.386 Stunden aufgewendet: 811 Stunden von der KSA, 575 von den beiden genannten Produktbereichen.

| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
|--|-------------------|-----------|-----------|
| Öffentlichkeitsarbeit: Fachveranstaltungen (Tagungen, Symposien, Workshops), Veröffentlichungen (Vorträge, Broschüren) | Projektabschnitte | 4 | 7 |
| Konzepte und Berichte zu Strategien und Maßnahmen des kommunalen Klimaschutzes (Vorlagen an die städtischen Gremien) | Projektabschnitte | 4 | 12 |
| Machbarkeitsstudien und Pilotprojekte zum kommunalen Klimaschutz | Projektabschnitte | 2 | 4 |
| Gesamt | | 10 | 23 |

KLIMASCHUTZ

Die öffentliche Debatte um den Klimawandel und die dringende Notwendigkeit, den Ausstoß klimarelevanter Gase zu reduzieren, haben zu einem deutlichen Aufgabenzuwachs im Bereich des kommunalen Klimaschutzes geführt. Die Themen reichen von Energieeinsparungen durch geändertes Verhalten über energetisches Bauen und Sanieren bis hin zu Konzepten und Pilotprojekten zur Erhöhung des Einsatzes regenerativer Energien.

Die Errichtung einer mit Thermalwasser betriebenen Nahwärmeinsel ist hierbei nicht nur eine Wiesbadener Besonderheit der Erdwärmennutzung, sondern auch ein neues Geschäftsfeld im Aufgabenspektrum des Umweltamtes.

Im Jahr 2007 musste der Aufgabenzuwachs mit dem vorhandenen

Personalbestand bewältigt werden, eine Situation, die der wachsenden Bedeutung des Themas auf Dauer nicht gerecht werden kann.



Photovoltaikanlage auf dem Dach der Sporthalle Willy-Brandt-Allee

LEISTUNGSBILANZ ABFALL UND ATTLASTEN

Personalstand:

8 Beschäftigte, entsprechen 5,7 Vollzeitkräften

| Bilanz geplanter und realisierter Projektabschnitte/Verfahrensschritte in 2007 | | | |
|---|-------------------|-----------|------------|
| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
| Untersuchung und Sanierung von kommunal verursachten Altablagerungen und Altstandorten/Altlasten; beispielsweise: Sanierungsbeginn BTEX-Schaden auf dem ESWE Omnibusbetriebshofgelände, Sanierungsvorplanung ehem. Gaswerk Bahnhofstraße, Erkundung des Grundwasserschadens ehemaliges Gaswerk Mainzer Straße, Grundwassersicherung bei der ehemaligen Deponie Mainzer Straße | Projektabschnitte | 22 | 26 |
| altlasten- und baugrundtechnische Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen bei Verdachtsflächen/Altlasten in städtischem Eigentum, beispielsweise: Bodenluftsanierung Erbenheimer Lackfabrik, Grundwassermonitoring Walkmühle, Baubetreuung Stadion Berliner Straße, diverse Baugrundbeurteilungen | Projektabschnitte | 23 | 26 |
| Bearbeitung von Verdachtsflächen in der Bauleitplanung, beispielsweise: Grünzug Industriepark, Stadttumbau Kastel, BUGA 2021, Amöneburg 2020, Spiel- und Balancierpark An der Helling | Projektabschnitte | 21 | 41 |
| Projektsteuerung/Projektmanagement zur Altlastensanierung für kommunale Unternehmen, beispielsweise: Altlastensanierung Künstlerviertel (ehemaliger Güterbahnhof West), Arsenschaden der ehemaligen chemischen Fabrik Lembach & Schleicher | Projektabschnitte | 28 | 45 |
| Gesamt | | 94 | 138 |

Erläuterung

Es handelt sich hierbei um umwelttechnische Projekte, die über die Anzahl der bearbeiteten Projektabschnitte kontrolliert werden. 2007 war in allen Bereichen ein deutlicher Aufgabenzuwachs zu verzeichnen. Im Falle der Sanierungsarbeiten im Künstlerviertel (ehemaliger

Güterbahnhof West) ist dies auf die notwendige Verlängerung der Bauzeit zurückzuführen, eine Folge von zeitweise sehr ungünstigen Witterungsverhältnissen und neuen Befunden beim Öffnen der Sanierungsgruben.

| Regelmäßig wiederkehrende Aufgaben | | | |
|--|--------------------|--------------|--------------|
| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
| fachliche Prüfung und Stellungnahmen in baurechtlichen Verfahren; Überprüfung auf Schadstoffbelastungen des Baugrundstückes und Beurteilung hinsichtlich erforderlicher Maßnahmen nach Bau-, Bodenschutz- und Abfallrecht | Fachstellungnahmen | 724 | 579 |
| Überwachung und Beseitigung illegaler Abfallablagerungen; Überprüfung von Meldungen/Anzeigen über illegale Abfallablagerungen und Einleitung der erforderlichen Verfahren nach § 25 a des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Abfallwirtschafts- und Kreislaufgesetz (HAKA) | Verfahren | 430 | 486 |
| Gesamt | | 1.154 | 1.065 |

Erläuterung

Bei den regelmäßig wiederkehrenden Aufgaben wird der Fachbereich in der Regel auf Anforderungen von Dritten tätig, kann also den Arbeitseinsatz kaum selbst steuern. Der Rückgang der baurechtlichen Prüfungen ist mit einer besseren Selektion der unproblematischen

Vorhaben durch das Bauaufsichtsamt zu erklären. Der Anstieg bei den abfallrechtlichen Verfahren ist ein Indiz dafür, dass dieser Aufgabenbereich, der dem Umweltamt 2003 übertragen worden ist, mittlerweile etabliert ist und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

ALTLASTENSANIERUNG AUF DEM EHEMALIGEN GÜTERBAHNHOF WEST- UND DEM FASS SAUER-GELÄNDE

Von 2006 bis 2007 erfolgte die Sanierung des insgesamt 130.000 m² großen Geländes des ehemaligen Güterbahnhofs West sowie des Betriebes Fass Sauer mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 10,5 Millionen €. Die Sanierungsverantwortung hatte die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (SEG) als neuer Grundstückseigentümer und Projektentwickler übernommen. Sie beauftragte zu ihrer fachlichen Unterstützung das Umweltamt, Produktbereich Abfall und Altlasten, mit der Projektsteuerung.

Nach einem EU-weiten Verfahren zur Vergabe von freiberuflichen Leistungen (VOF) unter Federführung des Umweltamtes wurde von der SEG ein sachkundiges Ingenieurbüro mit der Planung und Überwachung der Arbeiten beauftragt.

Der Abriss aller oberirdischen Bauwerke erfolgte zwischen Juni und September 2006, um das Gelände für die anstehenden Erdarbeiten vorzubereiten und den fortschreitenden Vandalismus und die zunehmende Vermüllung abzustellen. Nach einer weiteren EU-weiten Ausschreibung der Sanierungsleistungen wurden im November 2006 mit den Bodenarbeiten begonnen. Oberstes Ziel war die hochwertige Sanierung des Geländes für Wohnbebauung. Gleichzeitig wurde von Seiten des Umweltamtes als Projektsteuerer auf eine möglichst weit reichende Verwertung der anfallenden Bau- und Aushubmaterialien vor Ort großen Wert gelegt, um unnötige Transportwege zu vermeiden und Beeinträchtigungen des Umfeldes zu minimieren.



Sanierungsgrube Fass Sauer

So wurden auf dem ehemaligen Güterbahnhofs Gelände neben den 5.500 Metern Gleisen, die ausgebaut und der Verschrottung zugeführt wurden, rund 290 Tonnen Holzschwellen in einem nahe gelegenen Biomassekraftwerk energetisch verwertet. Der Gleisschotter, die Oberflächenversiegelung aus Beton, Natur- oder Verbundsteinen und der Bauschutt der unterirdischen Bauwerke wie Keller und Laderampen sind vor Ort gebrochen und als Recyclingmaterial beim folgenden Straßenbau wieder verwendet worden.

Nach den vorbereitenden Arbeiten folgte das Abschieben und Entsorgen des Oberbodens in den Bereichen, in denen die Sanierungszielwerte für Wohnbebauung überschritten waren. Bei geringem Belastungsgrad ist der Boden zum Teil unter den Straßen wieder eingebaut worden. Lokale, tief reichende Bodenbelastungen, meist verursacht durch Tankanlagen, wurden bis in zwölf Metern Tiefe saniert und der Sanierungserfolg durch Sohlen- und Wandbeprobungen nachgewiesen. Insgesamt wurden auf dem ehemaligen Güterbahnhofs Gelände elf Tanks aufgefunden, entleert, gereinigt und dann ausgebaut.

Nachweislich unbelastete Materialmassen aus Abriss und Aushub sind auf dem Gelände des „Künstlerviertels“, so der Name des neuen Wohngebietes, nicht nur im Straßenbau, sondern auch zur Geländemodellierung eingesetzt worden. Durch die enge Verzahnung der Sanierungsmaßnahmen mit den Erschließungsarbeiten wurde eine optimale Umweltentlastung bei gleichzeitiger, deutlicher Kostenersparnis erreicht – ein wichtiges Ziel der Projektsteuerung durch den Produktbereich Abfall und Altlasten des Umweltamtes.

Parallel war mit der Sanierung des ehemaligen Fass Sauer-Geländes begonnen worden. Rund 45.000 Kubikmeter (m³) Boden, der vorwiegend mit leichtflüchtigen, chlorierten Kohlenwasserstoffen (LCKW) verseucht war, wurden unter kontrollierten Bedingungen „on-site“ gereinigt. Hierfür ist der Erdaushub der Baugrube in ein 5.000 m² großes Sanierungszelt transportiert worden, das direkt neben der Grube errichtet worden war, und dort lagenweise gekalkt und gewendet worden. Dabei traten die leichtflüchtigen Schadstoffe aus und wurden über eine Absauganlage gereinigt. Die Beseitigung der LCKW ist so gut gelungen, dass alle Sanierungszielwerte unterschritten wurden und die Böden nach der Reinigung wieder eingebaut werden konnten.

Neben diesem Hauptschaden wurden auf dem Gelände Fass Sauer auch bis dato nicht bekannte Gefahrenquellen an Tanks und Ölabscheidern festgestellt und saniert. Insgesamt sind auf dem Fass Sauer-Gelände etwa 2.000 kg LCKW, rund 20.000 kg Mineralölkohlenwasserstoffe, 10 kg Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe und 13 kg Polychlorierte Biphenyle entfernt worden.

Im Dezember 2007 wurden die Sanierungsarbeiten erfolgreich abgeschlossen, das Gelände zur Bebauung freigegeben und die Altlastfeststellung aufgehoben. Erfreulich ist diese Bilanz auch für die Projektsteuerung durch den Produktbereich Abfall und Altlasten, da gleichzeitig bei den veranschlagten Kosten deutliche Einsparungen erzielt wurden.

LEISTUNGSBILANZ LANDSCHAFTSPLANUNG

Personalstand:

7 Beschäftigte, entsprechen 6 Vollzeitkräften

| Bilanz geplanter und realisierter Projektabschnitte/Verfahrensschritte in 2007 | | | |
|--|-------------------|------------|------------|
| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
| Landschaftsplan auf FNP-Ebene | Teilleistungen | 17 | 16 |
| Fachgutachten | Projektabschnitte | 8 | 10 |
| Landschaftsplanung auf BP-Ebene | Projektabschnitte | 40 | 40 |
| UFIS/LP | Maßnahmen | 15 | 18 |
| Sonderprojekte | Maßnahmen | 72 | 196 |
| Gartenbebauungspläne | Teilleistungen | 26 | 13 |
| Fachstellungnahmen/Serviceleistungen | Leistungen | 116 | 199 |
| Gesamt | | 294 | 492 |

Erläuterung

Hauptprojekte der Landschaftsplanung sind die Fortschreibung der Synthetischen Klimafunktionskarte und die flächendeckende Biotopkartierung für Wiesbaden. Der Innenbereich (Stadtbiotopkartierung) konnte abgeschlossen und den Gremien vorgestellt werden. Das Fachbereichsinformationssystem wurde auch in diesem Jahr mit Themenkarten erweitert. Das Geschäftsfeld Erstellung von Garten-

bebauungsplänen sowie Begleitung des Planungsverfahrens wurde neu vereinbart. In den Bereichen Sonderprojekte (BUGA, LSG-VO, Wettbewerbe, städtebauliche Rahmenplanungen, Gewässerplanungen usw.) sowie Fachstellungnahmen und Serviceleistungen sind die Anforderungen stark gestiegen.

NEUER GESCHÄFTSBEREICH: ERSTELLEN VON GARTENBEBAUUNGSPLÄNEN

Bereits seit 2002 bearbeitet die Landschaftsplanung des Umweltamtes für das Stadtplanungsamt Bebauungspläne mit überwiegend grünordnerischen Inhalten, zum Beispiel für Gärten im Außenbereich. Durch die Aufstellung dieser Bebauungspläne hat die Landeshauptstadt Wiesbaden die Möglichkeit, illegal im Außenbereich errichtete Kleinbauten zu legalisieren, genehmigte Kleinbauten über den Bestandsschutz hinaus zu sichern und die Neuanlage von Gärten zu fördern.

Im Rahmen dieser Planungen wird die Vereinbarkeit der Gärten mit naturschutzfachlichen Belangen geprüft. Dadurch kann ein bauordnungs- und naturschutzrechtliches Vorgehen auf Bereiche beschränkt werden, in denen die Gärten mit gesetzlichen Schutzvorschriften kollidieren. Die Einbindung der Gärten ins Landschaftsbild ist besonders wichtig. Es sollen keine nachhaltigen Störungen auf den Naturhaushalt und den Erlebniswert der Landschaft ausgehen. Flächen, die aus naturschutzfachlichen Gründen nicht für eine Gartennutzung in Frage kommen, werden durch entsprechende Festsetzungen freigehalten.

Seit 2007 erfolgt die Bearbeitung im Umweltamt auf der

Grundlage eines Kontraktes, der mit dem Stadtplanungsamt geschlossen wurde, um die Bearbeitung effektiver gestalten und abwickeln zu können. Kernpunkte des Kontraktes sind: Die Zuständigkeit sowie die Verfahrensabwicklung der Gartenbebauungspläne bleibt beim Stadtplanungsamt. Die inhaltliche Bearbeitung übernimmt das Umweltamt.

Mit dem Abschluss des Vertrages ist ein Auftraggeber-/Auftragnehmeverhältnis entstanden. Die Planungsbereiche werden in der Jahresarbeitsplanung der Ämter einvernehmlich festgelegt und entsprechend der gemeinsamen Zeitplanung beauftragt. An die inhaltliche Bearbeitung schließt sich unmittelbar das Verfahren an. Die Pläne werden digital erstellt. Die Landschaftsplanung übernimmt neben der inhaltlichen Abwicklung die Vorstellung der Planung im Ortsbeirat, den Ausschüssen und die Betreuung während der öffentlichen Auslegung sowie die Bearbeitung der Anregungen und Bedenken.

2007 wurden acht Gartenbebauungspläne in den Ortsbezirken Dotzheim, Sonnenberg, Rambach, Bierstadt und Naurod im Umweltamt bearbeitet. Davon wurde für zwei Planbereiche im Stadtplanungsamt das Verfahren betrieben.

Das Umweltamt hat sich hiermit einen neuen Geschäftsbe-
reich erschlossen. In den nächsten Jahren müssen noch eine

Vielzahl Gartenbebauungspläne erarbeitet und zur Rechts-
kraft geführt werden.

LEISTUNGSBILANZ NATUR UND LANDSCHAFT

Personalstand:

17 Beschäftigte, entsprechen 15,5 Vollzeitkräften

| Mündliche und schriftliche Auskünfte, Verfahren und Beratungen (im Amt und vor Ort) | Messgröße | Soll | Ist |
|---|-----------|--------------|--------------|
| Allgemeiner Naturschutz/Landschaftsschutz | Anzahl | 250 | 246 |
| Außendienst | Anzahl | 160 | 160 |
| Stellungnahmen Baugenehmigungsverfahren | Anzahl | 375 | 369 |
| Stellungnahmen Bauleitpläne | Anzahl | 50 | 43 |
| Baumschutz – Genehmigungen/Anträge | Anzahl | 620 | 832 |
| Gesamt | | 1.455 | 1.650 |
| Serviceleistungen | | | |
| Beratungsleistung für 80.80 – Wirtschaftsförderung – bei der Ansiedlung/Erweiterung von Gewerbebetrieben | Anzahl | | 20 |
| Wespen-/Hornissen-/Wildbienenberatung | Anzahl | | 20 |
| Beratung von Bürgern und anderen städtischen Ämtern bei Fragen des Artenschutzes | Anzahl | | 100 |
| Naturschutzbeirat – Geschäftsführung/Abwicklung von Beiratssitzungen | Anzahl | | 10 |
| Kataster | | | |
| Verfahren nach dem Hess. Naturschutzgesetz/ Landschaftsschutzgebietsverordnung und dem Bundesnaturschutzgesetz – Artenschutz | Anzahl | | 298 |
| Flächenunterhaltung | | | |
| Pflege von Biotopen auf zirka 700 ha Fläche | Anzahl | | 800 |
| Sonstiges | | | |
| Ökokonto; Projekt der Fa. Dyckerhoff – Beratung bei der Projektplanung und –abwicklung; Unterstützung des Ministeriums und des Regierungspräsidiums im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung für die Natura 2000- Verordnung; Beratungsleistungen für die SEG im Bebauungsplanbereich „Güterbahnhof West“; Fachliche Beteiligung und Unterstützung des Stadtplanungsamtes im Bereich Baumschutz/Denkmalerschutz; Beratung und Unterstützung des Bauaufsichtsamtes bei Bauvorhaben in Bezug auf die Umsetzung von Grünfestsetzungen in Bebauungsplänen und kommunalen Satzungen; Durchführung eines Regionalparkprojektes „Fähncheskreuz“ | | | |

Erläuterung

Die Ziele des Jahresprogramms 2007 konnten nicht alle erreicht
werden, da sich die personelle Situation seit September 2006 (Mit-
arbeiterinnenwechsel) und ab Mai 2007 (Mutterschutz/Erziehungs-
urlaub) verschlechtert hatte. Insbesondere in den Arbeitsbereichen
Altdataaufbereitung, Baugenehmigungsverfahren und Stellungnah-

men zu Fachplanungen waren Defizite zu verzeichnen. Der Bereich
Baumschutz, der seit März 2007 wieder vom Produktbereich Natur
und Landschaft bearbeitet wird, läuft sehr gut. Betroffene nehmen
die Beratungsangebote der Fachleute rege in Anspruch:

NEUAUFLAGE: BAUMSCHUTZSATZUNG IN WIESBADEN SEIT MÄRZ 2007

„So nicht ...!“ – dieser Gedanke drängt sich beim Anblick der gekappten Platane geradezu auf. Diesen verstümmelten Baum können Bewohner und Besucher mit dem prachtvollen Stadtbild Wiesbadens, das sich vor allem durch seine vielfältigen Grünflächen auszeichnet, nicht in Verbindung bringen. Mit der neuen Baumschutzsatzung, die im März 2007 in Kraft getreten ist, wurde daher ein wichtiger Beitrag geleistet, um das grüne Stadtbild Wiesbadens langfristig zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Der Geltungsbereich der Satzung betrifft nur den bebauten Stadtbereich. Einzelne Bereiche, wie beispielsweise der Biebricher Schlosspark, sind nach Landschaftsschutzgebietsverordnung geschützt.

Neu festgelegt wurde, dass Laubbäume ab einem Stammumfang von 80 Zentimetern (cm) und Nadelbäume ab 100 cm unter den Schutz der Satzung fallen. Früher galt für beide Gehölze ein Stammumfang von 60 cm.

Bei der Bearbeitung von Fällanträgen prüft die Untere Naturschutzbehörde des Produktbereichs Natur und Landschaft auch die Belange des Artenschutzes (Sicherung und Erhalt von temporären Brut- und Lebensstätten) im Rahmen der durchzuführenden Ortsbesichtigung.

Wurde in der Vergangenheit bei jeder erfolgten Fällgenehmigung Ersatz gefordert, ist die neue Satzung offener gestaltet. Ersatz wird nun nicht länger bei jeder Beseitigung verlangt, sondern nur bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, beispielsweise bei der Verschattung von Gebäuden oder wenn wesentliche Einschränkungen bei der Durchführung von Baumaßnahmen vorliegen.

Durch Zusammenarbeit verschiedener Ämter, die zum Beispiel wegen Bebauungsplänen oder Denkmalschutzfragen mit „im Boot“ sind, werden dem Antragsteller Wege und unnötige Wartezeiten erspart. Die Koordinierung erfolgt durch die Mitarbeiter im Bereich Baumschutz.

Eine Neuerung stellt auch die in die Satzung aufgenommene

Bearbeitungsfrist von sechs Wochen dar. Diese soll dem Bürger eine rasche Bearbeitung seines Antrages gewährleisten.

Die neue Baumschutzsatzung wurde von den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern sofort akzeptiert. Im Laufe des Jahres 2007 gingen im Arbeitsbereich Baumschutz 650 schriftliche Anträge ein. Es wurden auch 250 Beratungen vor Ort durchgeführt, über die sich die Bürger sehr zufrieden zeigten.



Mächtige Platanen säumen die Reisinger-Anlage und bilden einen Teil der grünen Blickachse Hauptbahnhof – Rhein-Main-Hallen

Die Anzahl der ungenehmigten Eingriffe ist im Verhältnis zur Zahl der Anträge sehr gering. Seit Wiedereinführung der Baumschutzsatzung im Jahr 2007 kann eine durchweg positive Bilanz gezogen werden.

LEISTUNGSBILANZ UMWELTPRÜFUNG UND -KOORDINATION

Personalstand:

5 Beschäftigte, entsprechen 3,9 Vollzeitkräften

| Baugenehmigungsverfahren | | | |
|------------------------------------|----------------------|------------|------------|
| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
| Vorprüfung | Bauanträge/-anzeigen | 500 | 405 |
| Hauptprüfung mit Fachstellungnahme | Bauanträge/-anzeigen | 400 | 366 |
| Gesamt | | 900 | 771 |

Erläuterung

In der Tabelle wird die Koordination der umweltfachlichen Prüfung von Bauanzeigen und -anträgen dargestellt, die über Fallzahlen erfasst werden. Ziel ist es, die Umweltbelange umfassend zu prüfen sowie fristgerechte und widerspruchsfreie Gesamtstellungennahmen zu erarbeiten.

Der Rückgang der baurechtlichen Prüfungen ist insbesondere mit einer besseren Vorauswahl der unter Umweltgesichtspunkten unproblema-

tischen Vorhaben durch das Bauaufsichtsamt zu erklären. Bei 90 Prozent der vorgeprüften Anträge war eine vertiefte umweltfachliche Prüfung und Bewertung notwendig. In den Vorjahren lag der Anteil noch bei zirka 70 Prozent. Das Ergebnis spricht für einen optimierten und effizienten Ablauf des Baugenehmigungsverfahrens in Wiesbaden.

| Planungsvorhaben | | | |
|--|--|------------|------------|
| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
| Koordinierungs-, Scoping- und andere Abstimmungstermine | Projektabschnitte/ Verfahrensschritte | 27 | 30 |
| Prüfung von Vorhaben bzw. Umweltberichten Dritter | Projektabschnitte/ Verfahrensschritte | 18 | 20 |
| Umweltberichte verfassen und fortschreiben | Projektabschnitte/ Verfahrensschritte | 6 | 9 |
| Koordination und Erarbeitung der umweltfachlichen und -behördlichen Stellungnahmen im Rahmen der TÖB-Beteiligung | Projektabschnitte/ Verfahrensschritte | 26 | 28 |
| Vorprüfung umweltberichtsfreier Pläne, Verträge, Konzepte | Projektabschnitte/ Verfahrensschritte | 6 | 16 |
| Fachprüfung umweltberichtsfreier Pläne, Verträge, Konzepte | Projektabschnitte/ Verfahrensschritte | 21 | 29 |
| Gesamt | | 104 | 132 |

Erläuterung

Es handelt sich hierbei um Umweltprüfungs- und Koordinierungsaufgaben nach dem Europarechtsanpassungsgesetz Bau (EAG Bau), dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sowie der kommunalen UVP-Richtlinie. Darüber hinaus erstellt der Produktbereich selbstständig Umweltberichte im Rahmen der Bauleitplanverfahren.

Im Leistungsbereich war ein deutlicher Aufgabenzuwachs zu verzeichnen, der unter anderem auf Großprojekte, beispielsweise das von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG auf der Ingelheimer Aue geplante Kohleheizkraftwerk, zurückzuführen ist.

KOHLEHEIZKRAFTWERK AUF DER INGELHEIMER AUE

Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) planen die Errichtung eines Kohleheizkraftwerks auf der Ingelheimer Aue. Es handelt sich hierbei um eine Anlage, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu beurteilen ist. Zuständige Behörde ist die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd) in Rheinland-Pfalz. Die Stadt Wiesbaden ist als Nachbargemeinde von den Auswirkungen des Vorhabens betroffen und wird daher im Verfahren beteiligt. Die Koordination wird hierbei durch das Umweltamt, Produktbereich Umweltpflichtprüfung und -koordination in Verbindung mit dem Produktbereich Luft/Lärm wahrgenommen.



Rheinufer mit geplantem Kohleheizkraftwerk - Fotomontage

Die Anlage soll mit Steinkohle betrieben und eine Feuerungsleistung von 2.060 Megawatt thermisch (MW_{th}) und eine Leistung von zirka 850 Megawatt elektrisch (MW_{el}) aufweisen. Für die Anlieferung der Kohle per Schiff ist am Rheinufer eine Verladeeinrichtung geplant. Die Anlagen werden mit Rheinwasser gekühlt. Für den Betrieb bei hohen Rheinwassertemperaturen ist ein zusätzlicher Kühlturm vorgesehen. Zur Rauchgasreinigung werden eine Stickstoffminderungsanlage (DeNOx), ein elektrischer Staubpartikelfilter und eine Entschwefelungsanlage (REA) eingesetzt. Das neue Kohleheizkraftwerk wird jährlich bis zu 5.925

GWh (= Gigawattstunden = 1 Mio. Kilowattstunden) Strom produzieren und dabei bis zu 6.434.000 Tonnen CO_2 emittieren. Landschaftlich fallen insbesondere der 150 Meter hohe Schornstein, das Kesselhaus mit einer Höhe von 110 Metern und einer Länge von 57 Metern, der Kühlturm sowie die drei Kohlesilos ins Auge.

Die für die Stadt Wiesbaden wichtigsten Etappen der im Berichtsjahr 2007/2008 erfolgten Beratungs- und Genehmigungsverfahren sind im Folgenden tabellarisch aufgeführt:

| | |
|--------------------------|--|
| 5. Dezember 2006 | Bei einem Scopingtermin wird der Untersuchungsrahmen für die erforderliche Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) erörtert. |
| Juli 2007 | Die Stadt Wiesbaden beauftragt einen externen Rechtsbeistand mit der Unterstützung der Fachverwaltung bei der Beurteilung des komplexen und gesundheits- wie umweltpolitisch bedeutsamen Vorhabens. |
| 1. bis 23. Oktober 2007 | Die Fachverwaltung erarbeitet eine umfangreiche Stellungnahme zur Vollständigkeit der von KMW eingereichten Antragsunterlagen. |
| Dezember 2007 | Das Umweltamt beauftragt einen externen Gutachter mit der Überprüfung der vom Antragsteller vorgelegten Immissionsprognosen. |
| Dezember 2007 | Ein weiteres Fachgutachten zur Bewertung der Auswirkungen des Wärmeeintrags durch das Kühlwasser auf ein FFH-Fischwandergebiet des Rheins wird in Auftrag gegeben. |
| ab 2. Januar 2008 | Öffentliche Auslage der Anträge der Fa. Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG zur Erteilung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheids für die Errichtung eines Kohlekraftwerks; Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren für die Errichtung von Schiffsanlegestellen und gehobene wasserrechtliche Erlaubnis für die Entnahme und Wiedereinleitung von Rheinwasser und die Einleitung von Abwasser in die öffentliche Kanalisation. |
| 16. Januar 2008 | Informationsveranstaltung des Umweltdezernates/Umweltamtes für die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger im Kulturforum Schillerplatz. |
| 31. Januar 2008 | Stellungnahme der Landeshauptstadt an die Genehmigungsbehörden (Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Mainz und in Neustadt) mit umfangreichen Einwendungen. |
| 29. April - 16. Mai 2008 | Erörterungstermine zu den immissionsschutz- und wasserrechtlichen Verfahren in der Phoenixhalle in Mainz; Vorträge zu Themenbereichen wie Luftschadstoffe, Gesundheit, Fischfauna, Klima und ergänzende Anträge durch die Landeshauptstadt Wiesbaden. |
| November 2008 | Prüfung verschiedener von der SGD Süd vorgelegten Behördengutachten, unter anderem zum Thema Wanderfische. |

LEISTUNGSBILANZ UMWELTÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Personalstand:

5 Beschäftigte, entsprechen 4 Vollzeitkräften; plus 2 befristet Beschäftigte mit jeweils 2,5 Wochenstunden für den Umweltladendienst am Samstag

| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
|---|-------------------|---------------|---------------|
| Umweltberatungen und Serviceleistungen | Menge | 17.000 | 18.260 |
| Veröffentlichung unterschiedlicher Publikationen; Ausstellungsposterserien; Broschüren; Faltblätter; Plakate; Handzettel; Pressemitteilungen; Öko-Termine; Internet-Tipps; Umweltinfo-Newsletter | Publikationen | 67 | 99 |
| Themenbezogene Veranstaltungen/Rahmenprogramm mit Dritten; Beratungsnachmittage mit externen Fachleuten; Aktionen/Aktionstage; Exkursionen/Führungen/Kurse; Vorträge; Lernwerkstätten; Obstbaumpflanzaktion | Veranstaltungen | 43 | 97 |
| Presse-, Öffentlichkeits- u. a. Arbeit für Amt 36 und Dezernat V; Presseartikel; Planung und Organisation. Symposium „Bauen und Sanieren“; Umweltbericht „Landschaftsparks in Wiesbaden“; Entwicklung Bildverwaltung (Digitales Asset Management-System, DAM); Anfragen nach Umweltinformationsgesetz (UIG) | Vorgänge | 69 | 217 |
| Verkauf und Verleih eigener Ausstellungen | Menge | 15 | 7 |
| Pflege Internet-Auftritt Amt 36 | Vorgänge | 15 | 31 |
| Gesamt | | 17.209 | 18.711 |

Erläuterung

Der Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit berät und informiert im Sinne der Umweltvorsorge zu allen Fragen des Umwelt- und Naturschutzes. Die Beratungen werden vor allem im Umweltladen, der außerhalb des Amtes eingerichtet ist, durchgeführt. Dort werden Ausstellungen gezeigt und Umwelt-Serviceleistungen angeboten. Ob die Angebote genutzt werden, ist abhängig vom Bedarf und Inte-

resse unserer Kunden, den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern. Bei der Jahresplanung wird das Soll auf der Basis der Werte der letzten Jahre ermittelt. Wegen der höheren Nachfrage, zum Beispiel nach informativen Faltblättern, Lernwerkstätten für Kinder oder Auskunft nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG), liegen die Ergebnisse im Berichtsjahr 2007 größtenteils erheblich über dem Planungs-Soll.

LERNWERKSTATT „ELEKTROSCHROTT“ IM UMWELTLADEN

Ein Schwerpunkt der Umweltberatung im Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit ist die Umwelterziehung. In speziell für Schulen, Kindertagesstätten oder auch für das Kinder-Ferienprogramm konzipierten Veranstaltungen lernen die Kinder den Umweltladen kennen – die zentrale Anlaufstelle in allen Fragen des Umwelt-, Natur-, Gesundheitsschutzes und der Ernährungsberatung.

Im August 2007 hat die Umweltberatung erstmals eine Lernwerkstatt zum Thema „Elektroschrott“ angeboten. Anlass war das im März 2006 in Kraft getretene neue Elektro-Gesetz, nach dem alle alten Elektrogeräte getrennt gesammelt werden müssen. Ziel des Vorhabens war es, Kinder im Alter von sechs bis zu zwölf Jahren über dieses neue Gesetz zu informieren, denn schon in Kinderzimmern findet man viele Geräte und Spielzeuge, die Elektronikteile enthalten: angefangen von den kleinen Beigaben mancher Fast Food-

Ketten über elektrische Autos bis zu Gameboys, Computern oder HiFi-Anlagen.

Reine Informationsveranstaltungen über die sachgerechte Entsorgung von Elektrogeräten sind für Kinder wenig attraktiv. Der Produktbereich hat stattdessen in guter Zusammenarbeit mit der Wiesbadener Experimentierwerkstatt die Idee einer Lernwerkstatt „Elektroschrott“ umgesetzt.

In diesem Workshop haben Kinder mit großem Eifer Kleinspielzeug mit eingebauten Elektronikteilen, alte Handys, ausgemusterte DVD-Player, Staubsauger und andere Geräte auseinander gebaut, um der Frage nachzugehen: „Was steckt in diesen Geräten eigentlich drin?“ Dabei haben die jungen Tüftler zum Beispiel Kupferkabel, Leiterplatten und Kondensatoren entdeckt und erfahren, dass all diese Bauteile aus wertvollen Rohstoffen wie Kupfer, Gold, Platin

oder auch Coltan bestehen. Zum Wegwerfen sind diese Stoffe zu wertvoll – das verstehen auch Kinder. Besonders anschaulich wurde dies am Beispiel Coltan erklärt, das bei der Herstellung sehr kleiner Kondensatoren für Handys oder Plastikkleinspielzeuge benötigt wird. Für die Kinder war es spannend zu hören, dass die im afrikanischen Kongo lebenden Menschenaffen durch den Abbau dieses Roherzes ihre Lebensräume verlieren und deshalb stark bedroht sind.

Wer solche globalen Zusammenhänge kennt, versteht, warum es neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten notwendig ist, wertvolle Rohstoffe zu recyceln und welche Bedeutung dabei die eigene Getrenntsammlung hat. In der Lernwerkstatt wurde aber auch über typische Schadstoffe in Elektrogeräten wie Blei, Cadmium oder Quecksilber informiert und die Funktionsweisen verschiedener Bauteile erläutert. Und damit der Spaß nicht zu kurz kommt, haben die Kinder aus den verschiedenen Elektronikteilen anschließend kleine Monster, skurrile Autos oder lustige Figuren gebastelt.

Insgesamt hat die Umweltberatung im Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit 12 Workshops angeboten, an denen 141 Kinder teilgenommen haben. Es ist gelungen, die Kinder über das neue Recycling-Gesetz sowie über wertvolle Rohstoffe und gefährliche Schadstoffe zu informieren. Sie haben gelernt, wo in ihrem Umfeld möglicherweise Elektroschrott anfällt und wie sie ihn „richtig“ entsorgen.



Faszinierender Elektroschrott: Kinder entdecken wertvolle Rohstoffe, die zum Wegwerfen viel zu schade sind

NEU: ZUORDNUNG DES UMWELTLABORS IM KONZERN STADT

Im Rahmen der Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung wurde die Organisationsform des Produktbereichs Analytik im Hinblick auf eine bessere Auslastung und Positionierung des Umweltlabors auf dem freien Markt überprüft.

Auf die europaweite Ausschreibung zur Fortführung des Laborbetriebs, inklusive der Übernahme und Beschäftigung des Personals am vorhandenen Standort, reagierte ein Bie-

ter, der die geforderten Voraussetzungen erfüllte. Kurze Zeit darauf machten die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) ein Angebot zur Überführung des Umweltlabors in ein Betriebslabor der ELW. Nach Prüfung durch die Stadtkämmerei wurde diese Lösung mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0107 vom 15. März 2007 umgesetzt.

LEISTUNGSBILANZ SCHUTZ UND BEWIRTSCHAFTUNG DER GEWÄSSER

Personalstand:

12 Beschäftigte, entsprechen 10 Vollzeitkräften

| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
|---|----------------------|--------------|--------------|
| Überwachung von 16.000 Anlagen und Gewässerbenutzungen | Bearbeitungsschritte | 1.000 | 1.653 |
| Zulassung von Anlagen und Gewässerbenutzungen, Ordnungswidrigkeitsverfahren | Verfahren | 70 | 105 |
| Bearbeitung von Bauanträgen (nach Wasserrecht) 560 Vorprüfungen, 40 Stellungnahmen | Bearbeitungsschritte | 600 | 503 |
| Bearbeitung von Boden- und Grundwasserschäden, Bearbeitung von Unfällen mit Wasser gefährdenden Stoffen und von Funden | Bearbeitungsschritte | 27 | 48 |
| Durchführung Gewässerschau und Schau der Trinkwasserschutzgebiete, Aktualisierung Gewässerschutzalarmplan, Einberufung der AG Gewässer | Bearbeitungsschritte | 14 | 11 |
| Kommunale Gewässerplanung und Gewässerpflegeplanung sowie Umsetzung (Renaturierung, Hochwasserschutz), 7 Maßnahmen-Komplexe | Bearbeitungsschritte | 22 | 26 |
| Unterhaltung/Verkehrssicherung von 250 km kommunaler Fließgewässer und Ufergrundstücken; 120 Auftragserteilungen und 12 Steuerungsbesprechungen | Vorgänge | 132 | 112 |
| Überwachung/Beratung von 800 abwasserrelevanten Betrieben | Vorgänge | 800 | 543 |
| Beprobungen | Vorgänge | 271 | 325 |
| Gesamt | | 4.536 | 6.184 |

Erläuterung

Unter Überwachung ist nicht nur die Begehung vor Ort zu verstehen. Überwachung meint auch die Aufforderung eines Betreibers per Bescheid, beispielsweise seine Anlage prüfen zu lassen oder Gewässerunreinigungen zu beseitigen, das Mahnwesen per Bescheid, die

Bearbeitung/Auswertung von Sachverständigenprüfberichten u.a.m. Die Kunden werden per Telefon, vor Ort oder während der Büro-sprechstunden beraten.

GEWÄSSERSCHAU IM RAMBACHSYSTEM

Bei der jährlichen Gewässerschau werden alle Fließgewässer eines Gewässersystems begangen. Insgesamt sind die Wiesbadener Bäche nach den Einzugsgebieten in sieben Gewässersysteme unterteilt. Rechtsgrundlage für diese staatliche Überwachung der Gewässer, Uferbereiche und Überschwemmungsgebiete bildet der § 60 des Hessischen Wassergesetzes. Unter Leitung der Unteren Wasserbehörde im Produktbereich Schutz und Bewirtschaftung der Gewässer wird eine Schaukommission gebildet, die sich aus Vertretern verschiedener Behörden, der Ortsbeiräte und der Naturschutzverbände zusammensetzt. Ziel ist die Feststellung von Beeinträchtigungen und Problemen an den Bächen und Verstößen gegen das Wasserrecht. Die Ergebnisse bilden unter anderem die Grundlage für die Bearbeitung von wasserrechtlichen Verstößen durch die Mitarbeiter der Unteren Wasserbehörde und für die Durchführung der Gewässerunterhaltung durch die Mitarbeiter des kommunalen Gewässerschutzes im Produktbereich Schutz und Bewirtschaftung der Gewässer.

Im September und Oktober 2007 wurde der Rambach mit seinen Nebengewässern Tannelbach, Goldsteinbach, Schüsselbach, Seyenbach, Nauroder Grundbach, Hesslocher Grundbach und Aukambach begangen. Dabei wurden vor allem am Rambach zahlreiche Überbauungen festgestellt, die hinsichtlich der wasserrechtlichen Zulässigkeit und des Vorhandenseins von Gestattungsverträgen überprüft werden müssen. Einen Schwerpunkt an allen Bächen bilden die illegale Errichtung von baulichen Anlagen und die Ablagerung von Grünschnitt und Abfällen in Uferbereichen und Überschwemmungsgebieten. Hier sind die Eigentümer der Grundstücke zu ermitteln und zur Beseitigung aufzufordern.

Der Produktbereich stellt die Ergebnisse im Gewässerschaubericht dar, der als CD-Rom herausgegeben wird. Die Protokollpunkte werden auch in das Umweltfachbereichsinformationssystem UFIS übernommen. Die im Bericht festgelegten Maßnahmen werden im Jahresarbeitsprogramm 2008 umgesetzt.

SONDERPRÜFUNG VON 4.200 OBERIRDISCHEN HEIZÖLLAGERANLAGEN IN WIESBADEN

Nach der 5. Novelle der „Hessischen Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe“ (VAwS), kurz Anlagenverordnung, müssen oberirdische Heizöllageranlagen mit einem Rauminhalt von mehr als 1.000 bis 10.000 Liter einmalig durch einen anerkannten Sachverständigen überprüft werden. Im Bundesland Hessen waren hiervon mehrere hunderttausend Anlagen, im Stadtgebiet Wiesbaden 5.300 Anlagen betroffen. Bei dieser Prüfung wird der technische Zustand der Tanks und seiner Sicherheitseinrichtungen insbesondere Auffangwannen, Leckanzeigergeräte und Grenzwertgeber kontrolliert.

Die Untere Wasserbehörde im Produktbereich Schutz und Bewirtschaftung der Gewässer des Umweltamtes hatte zunächst die betroffenen Anlagen zu ermitteln und die Betreiber über die neue Prüfpflicht zu informieren. Dies geschah seit 2004 durch gezielte Anschreiben an die Betreiber, über Öffentlichkeitsarbeit, Zeitungsberichte, Internetveröffentlichungen und Merkblätter. Der intensive Beratungsbedarf schlug sich in über 2.600 persönlichen und telefonischen Beratungsgesprächen nieder. Bis Ende 2007 wurden bereits 3.797 Heizöllageranlagen durch externe, amtlich zugelassene Sachverständige überprüft. Hierbei zeigte sich eine unerwartet hohe Mängelquote von über 80 Prozent.

Die Betreiber wurden aufgefordert, die Mängel zu beseitigen. In besonders schwerwiegenden Fällen wurden Tankanlagen umgehend stillgelegt, um das Eindringen von Heizöl in Boden und Grundwasser zu verhindern. Mit einer Prüfquote von 92 % im Berichtsjahr 2007 standen 2008 noch zirka 400 Tanks zur Prüfung an.



Einwandiger Heizöltank ohne ausreichende Auffangwanne; Überfüllsicherung, Entlüftungs- und Entnahmeleitungen fehlen

| Erfolgte Prüfungen 2007 | Summen |
|--|--------------|
| erstmalige Prüfung | 1.182 |
| Mängelbeseitigung mit Nachprüfung wegen erheblicher Mängel | 350 |
| Stilllegungen | 525 |
| Mängelbeseitigung ohne Nachprüfung | 438 |
| Gesamtzahl der Vorgänge | 2.495 |
| erfolgte Prüfungen vom 01.07.03. – 31.12.07 | |
| erstmalige Prüfung | 3.797 |
| Mängelbeseitigung mit Nachprüfung wegen erheblicher Mängel | 627 |
| Stilllegungen | 1.130 |
| Mängelbeseitigung ohne Nachprüfung | 1.075 |
| Gesamtzahl der Vorgänge | 6.629 |
| Offene Prüfungen | |
| erstmalige Prüfung | 394 |
| Nachprüfungen und Mängelbeseitigungen | 641 |
| Gesamt | 1.035 |

Daneben müssen rund 700 Mängelbeseitigungen und Nachprüfungen durchgeführt werden.

Die Sonderprüfung der Heizöltanks hat den Sicherheitsstandard und damit auch den Schutz vor Schadensfällen durch Heizöl im Stadtgebiet deutlich erhöht. Unter anderem ist die Zahl der gemeldeten Schadensfälle beim Abfüllen und Lagern von Heizöl signifikant zurückgegangen. Dies spricht für eine erfolgreiche Umsetzung der Sonderprüfung und sichert nachhaltig die lebensnotwendigen Schutzgüter Boden und Grundwasser.

Als Nebeneffekt dieser Aktion wurden der Unteren Wasserbehörde mehr als 100 unterirdische und große oberirdische Heizöltanks bekannt, die nicht gemeldet waren und trotz Prüfpflicht seit den 60er Jahren noch nie überprüft worden sind. Auch diese werden nun regelmäßig überprüft.

LEISTUNGSBILANZ UMWELTMANAGEMENT

Personalstand:

3 Beschäftigte, entsprechen 0,8 Vollzeitkräften

| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
|---|----------------------|-----------|-----------|
| Durchführung der vierten ÖKOPROFIT-Runde 2006/2007 – Einsteigerprogramm und Klub: Durchführung von zehn Workshops und 66 betrieblichen Einzelberatungen; Organisation einer öffentlichkeitswirksamen Zwischenbilanz; Behördenabfrage gemäß EMAS | Projektschritte | 14 | 14 |
| Abschluss und Auszeichnung der vierten ÖKOPROFIT-Runde 2006/2007 – Einsteigerprogramm und Klub: Durchführung von 25 Abschlussbegutachtungen (Audits) in den Betrieben; Konzeption und Erstellung der Auszeichnungsbroschüre; Planung, Organisation und Durchführung der Auszeichnungsveranstaltung | Projektschritte | 8 | 8 |
| Initiierung der fünften ÖKOPROFIT-Runde 2007/2008 – Einsteigerprogramm und Klub: Öffentlichkeitsarbeit: Erstellung von verschiedenen Publikationen (Projektinformationen, Fachartikel, Homepage); Akquisition für den Durchgang; Vergabe der Beratungsleistungen, Vertragsabschlüsse mit Graz und München; Planung, Organisation und Durchführung des Auftakts der Runde; Durchführung von drei Workshops des Einsteigerprogramms und Klubs | Projektschritte | 5 | 8 |
| Qualitätssicherung und Weiterentwicklung von ÖKOPROFIT: Teilnahme am ÖKOPROFIT-Netzwerktreffen Deutschland | Projektschritte | 1 | 1 |
| Gesamt | | 28 | 31 |

Innovation:

Initiierung eines ÖKOPROFIT-Netzwerks Mainz-Wiesbaden

| Leistungen | Messgröße: Anzahl | Soll | Ist |
|--|----------------------|----------|----------|
| Initiierung eines ÖKOPROFIT-Netzwerks Mainz-Wiesbaden Abfrage des Interesses bei den ausgezeichneten ÖKOPROFIT-Betrieben aus Mainz und Wiesbaden; Auswertungen der Rückmeldungen und Konzeption einer Veranstaltung; Organisation und Moderation der Veranstaltung; Auswertung der Veranstaltung im Hinblick auf Fortführung in 2008 | Projektschritte | 4 | 4 |
| Gesamt | | 4 | 4 |

ÖKOPROFIT WIESBADEN: UMWELT- UND KLIMASCHUTZ MIT GEWINN FÜR BETRIEBE

Seit dem Jahr 2000 bietet das Wiesbadener Umweltamt das betriebliche Umweltberatungsprogramm ÖKOPROFIT an, das aus dem österreichischen Graz stammt. ÖKOPROFIT Wiesbaden ist ein Kooperationsprojekt der Stadt mit Wiesbadener Betrieben. Zielsetzung ist, durch vorsorgenden, betrieblichen Umweltschutz gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und damit auch zum Klimaschutz zu leisten. Dazu werden mit Unterstützung von Experten praxisnahe Maßnahmen im Umweltschutz erarbeitet und umgesetzt, mit denen die Betriebe die Umwelt entlasten und Kosten sparen. Die Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, ESWE Versorgungs AG und die Klimaschutzagentur Wiesbaden e.V. sind dabei wichtige Partner.



Im November 2006 begann die vierte Durchführungsrunde mit 25 Betrieben, die im Oktober 2007 erfolgreich abgeschlossen wurde. Zum ersten Mal konnte der Produktbereich Umweltmanagement im Wiesbadener Umweltamt zeitgleich mit der Auszeichnung der „Wiesbadener ÖKOPROFIT-Betriebe 2006/2007“ die fünfte ÖKOPROFIT-Runde mit insgesamt 30 Unternehmen starten, die ihren feierlichen Abschluss im Dezember 2008 hatte.

Die teilnehmenden Betriebe des vierten Durchgangs erzielten gemeinsam mit insgesamt 134 Maßnahmen Einsparungen von rund 1,8 Millionen € in den Bereichen Energie/Emissionen, Rohstoffe/Abfälle und Wasser/Abwasser. Die Betriebe der fünften Runde sparten mit 168

Maßnahmen jährlich rund 3,2 Millionen € ein. Die Mehrzahl der durchgeführten und geplanten Maßnahmen zielte in beiden Durchgängen auf die Verringerung des Energieverbrauchs und die Reduzierung der dadurch entstehenden CO₂-Emissionen ab.

Das Kernstück von ÖKOPROFIT ist das Einsteigerprogramm. Für die vierte Runde hat das Umweltamt acht Unternehmen

auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die abschließend in ein konkretes Umweltprogramm mündeten.

Parallel zum Einsteigerprogramm hat auch der ÖKOPROFIT-Klub, das Fortsetzungsprogramm für bereits ausgezeichnete Betriebe, stattgefunden. Bei diesem Unternehmensnetzwerk für Umweltschutz liegt der Schwerpunkt auf der kontinuier-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Auszeichnungs- und Auftaktveranstaltung im Oktober 2007

und Einrichtungen gewonnen. In der fünften Runde waren es insgesamt zwölf. Das Spektrum der Teilnehmer beider Runden reichte von A wie Agfa-Gevaert Graphic Systems GmbH, über F wie Filmtheaterbetriebe Manfred Ewert KG, I wie InfraServ GmbH & Co. Wiesbaden KG oder IKEA, U wie die US Army Garrison Wiesbaden bis hin zu V wie die Volkshochschule Wiesbaden e.V. In der Runde 2006/2007 haben erstmalig auch drei kleine Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten teilgenommen.

Jeweils in acht gemeinsamen Workshops bearbeiteten die Unternehmen alle relevanten Themen des betrieblichen Umweltschutzes. Die Workshops sind vom Umweltamt organisiert und werden von Arqum, der beauftragten Gesellschaft für Arbeitssicherheits-, Qualitäts- und Umweltmanagement durchgeführt. Auf den Treffen geht es zum Beispiel um Festlegung der Umweltpolitik und Bildung eines Umweltteams in den Betrieben, Abfallmanagement, Energie und Emissionen, Wassersparen, den Umgang mit gefährlichen Stoffen und die Einhaltung umweltrechtlicher Vorschriften. Zusätzlich erhalten die Betriebe fachkundige Betreuung vor Ort: Im Rahmen von vier Terminen wurden

lichen Verbesserung der Umweltleistungen und dem intensiven Erfahrungsaustausch der Betriebe. In vier Workshops bearbeiteten die 17 Klub-Teilnehmer des Durchgangs 2006/2007 zum Beispiel die Themen Haftungsrisiken, Heizsysteme und Photovoltaik, E-Learning und nachhaltige Unternehmensführung. Am Klub-Durchgang 2007/2008 nahmen 18 Betriebe teil, die unter anderem die Themen CO₂-Reduzierungsprogramme und ökologische und soziale Aspekte bei der Beschaffung bearbeiteten. Im Rahmen der beiden Beratungstermine vor Ort wurden die Betriebe auf eine erneute Auszeichnung vorbereitet. Der ÖKOPROFIT-Klub setzt sich aus Teilnehmern der vorherigen Projektrunden zusammen. Einige Unternehmen sind bereits seit acht Jahren dabei.

Eine unabhängige Kommission aus Vertretern des städtischen Umweltamtes und der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden hat nach Abschluss der Workshops bei allen Einsteiger- und Klub-Betrieben überprüft, ob diese die ÖKOPROFIT-Kriterien, die bundesweit gelten, erfüllen. Die erfolgreiche Teilnahme hat die Landeshauptstadt Wiesbaden mit der Auszeichnung „Wiesbadener ÖKOPROFIT-Betrieb“ honoriert.



Seit Ende 2008 trägt ein städtischer ESWE-Linienbus die ÖKOPROFIT-Idee für ein Jahr durch Wiesbaden

INNOVATION, MOTIVIERTE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER UND KUNDENORIENTIERUNG

Das Dienstleistungsunternehmen Umweltamt lässt sich aber nicht nur an den erzielten Ergebnissen messen. Es ist vielmehr auch daran zu messen, ob es im Arbeitsalltag – dem „ordentlichen Geschäftsbetrieb“ – möglich ist, zukunfts-fähige Innovationen auf den Weg zu bringen, die für die Weiterentwicklung dieses Amtes und für die der Stadtverwaltung Wiesbaden insgesamt stehen. Dies gelingt aber nur, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend motiviert sind und ihre Arbeit anerkannt wird, etwa durch

Stärkung des selbstverantwortlichen Handelns. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Umgang mit den Menschen in dieser Stadt, also mit den Kunden des Umweltamtes. Kompetenz, Sachbezug und Rechtmäßigkeit, aber auch Gleichbehandlung, Freundlichkeit und größtmögliche Schnelligkeit sind nur einige der Schlüsselqualitäten, die für die Kundenorientierung des Umweltamtes stehen. Auf den folgenden Seiten werden innovative Neuerungen, motivierende Projekte und neue Kundenangebote dargestellt.

NAHWÄRMEINSEL KLEINE SCHWALBACHER STRASSE

Mit bis zu 67° Celsius Temperatur gehören die Wiesbadener Thermalquellen zu den heißesten Quellen Europas. Die gespeicherte Wärme lässt sich hervorragend zur Beheizung von Wohnungen und Gebäuden nutzen und ist daher eine geothermische Energiequelle, die unerschöpflich ist. Wiesbaden hat für die nächsten 30 Jahre die wasserrechtliche Zulassung, jährlich 650.000 Kubikmeter Thermalwasser aus den fünf Primärquellen Kochbrunnen, Salmquelle, Große und Kleine Adlerquelle und Schützenhofquelle zu fördern. Aktuell werden aber maximal nur rund 410.000 Kubikmeter jährlich gewonnen, in der Kaiser-Friedrich-Therme für Bade- und Heizzwecke aufbereitet und in ein Verteilernetz eingespeist.



Wärmetauscher der Nahwärmeinsel Kleine Schwalbacher Straße

für private und gewerbliche Kunden in der Wiesbadener Innenstadt einzurichten. Dabei wird der Wärmetauscher zentral gestellt und betrieben. Das Engagement des Umweltamtes ermöglicht den Kunden, normales, unproblematisches Heizungswasser zu den üblichen Fernwärmepreisen über eine Standard-Übergabestation für Fernwärme zu beziehen.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (SEG) bekundete Anfang 2007 Interesse, ihre Gebäude in der Kleinen Schwalbacher Straße mit etwa 200 kW anzuschließen. Die Versorgung war bis zum geplanten Einzug der Mieter im Frühjahr 2008 herzustellen. Dieser enge Zeitrahmen konnte nur durch höchstes Engagement des Umweltamtes, das die

Projektleitung übernahm, und der beteiligten Projektpartner eingehalten werden.

Nach Abschluss der Bau- und Installationsarbeiten konnten im April 2008 die ersten Gebäude in der Kleinen Schwalbacher Straße termingerecht angeschlossen werden.

Die Ersparnis an CO₂-Emissionen beträgt derzeit zirka 85 Tonnen jährlich. Bei Realisierung des vollen verfügbaren Energiepotenzials der Thermalquellen können künftig jährlich etwa 850 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden.

Das Umweltamt hat errechnet, dass der Niedertemperaturbedarf (Heizung, Warmwasser) von weiteren, knapp 200 Haushalten umweltverträglich und CO₂-neutral gedeckt werden könnte, wenn die genehmigte Fördermenge vollständig ausgeschöpft wird. Mit seinem hohen Salzgehalt ist das Quellwasser sehr aggressiv; bei Sauerstoffzufuhr kommt es schnell zu Ausfällungen (Versinterungen). Mit dem Einsatz glasfaserverstärkter Polyethylenrohre und -armaturen kann das Problem der Korrosion aber technisch gelöst werden. Wärmeübertrager werden aus Titan und Titanlegierungen gefertigt, spezielle Armaturen aus Edelstahl V4A hergestellt.

Anfang 2007 hat das Umweltamt sich entschlossen, in Kooperation mit der ESWE Versorgungs AG als Pilotprojekt eine mit Thermalwasser betriebene Nahwärmeversorgung

Investitionskosten sind mit rund 440.000 € (brutto) veranschlagt. Der ESWE Klimaschutz- und Innovationsfonds fördert die Maßnahme mit einem Zuschuss von 87.600 €.

AUSBAU DES GEOGRAFISCHEN UMWELTFACHINFORMATIONSSYSTEMS UFIS IM UMWELTAMT

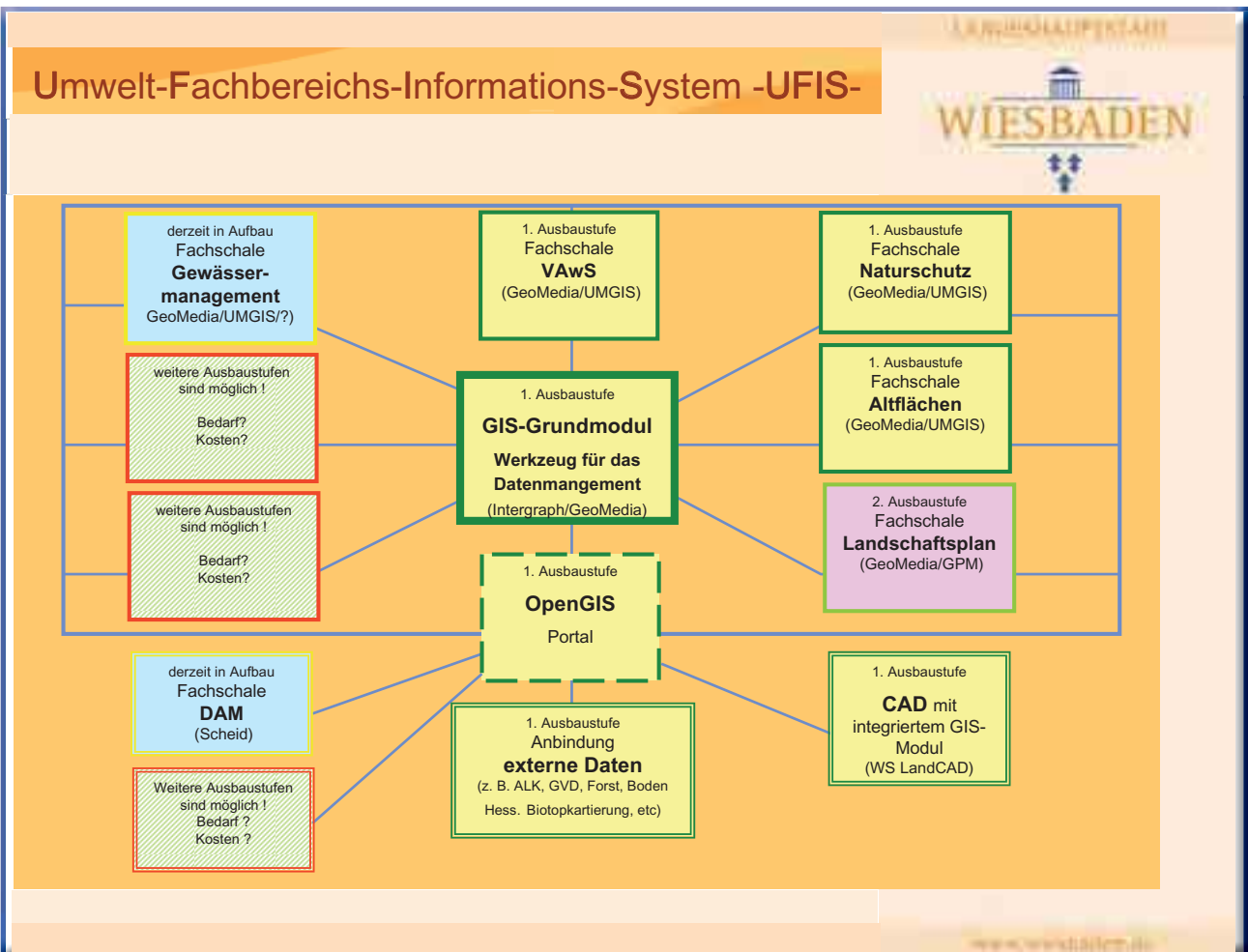
Die einfache, schnelle und wirtschaftliche Handhabung und Verfügbarkeit aller relevanten Fachdaten hat sich das Umweltamt bei der Einrichtung des geografischen Umweltfachinformationssystems (UFIS) im Jahr 2002 als Ziel gesetzt. Damit ist UFIS ein elementarer Baustein effizienter Aufgabenerledigung. Eingebunden ist UFIS in die raumbezogene Informationsbearbeitung der Stadt. Spezifische Umweltdaten der Produktbereiche Abfall und Altlasten, Landschaftsplanung, Natur und Landschaft sowie Schutz und Bewirtschaftung der Gewässer werden in so genannten Fachschalen verwaltet und können über ein GIS-Modul geografisch aufbereitet werden. Damit ist es möglich, Themenkarten zu erzeugen und auf Basis der Stadtgrundkarten und Luftbilder abzufragen.

Im Jahr 2007 konnte eine weitere Fachschale eingerichtet werden, die Datenbank Grundwasserbenutzungen (GRUWAB).

Die Fachschalen Indirekteinleiterüberwachung (Überwachung von Abwassereinleitungen in den Kanal) und DAM Digital Asset Management (Verwaltung von Bildern) befinden sich im Aufbau. Diese laufen zurzeit im Testbetrieb und werden voraussichtlich Mitte 2009 unter UFIS zur Verfügung stehen.

Die Administration von UFIS erfolgt kollektiv in einer Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der jeweiligen Produktbereiche zusammensetzt und monatlich tagt.

UFIS wurde bewusst als offenes System konzipiert, um auf neue Aufgabenstellungen flexibel reagieren zu können. So ist die optionale Erweiterung um neue Fachschalen jederzeit möglich.



ÖKOPROFIT-NETZWERK MIT DER NACHBARKOMMUNE MAINZ INS LEBEN GERUFEN

Seit zirka acht Jahren wird das Umweltberatungsprogramm ÖKOPROFIT erfolgreich in den Städten Mainz und Wiesbaden durchgeführt. Im Oktober 2007 hat ein erstes gemeinsames Treffen von ÖKOPROFIT-Betrieben der beiden Städte im Mainzer Rathaus stattgefunden. Ausgehend von langjährigen positiven Erfahrungen mit dem betrieblichen Beratungsprogramm haben die beiden Projektverantwortlichen die Idee entwickelt, einen „interkommunalen ÖKOPROFIT-Erfahrungsaustausch über den Rhein hinweg“ ins Leben zu rufen. Zielsetzung dabei ist das gegenseitige Kennenlernen und der informelle, praxisnahe Austausch der Betriebe in der Region rund um das Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Die Idee fiel auf fruchtbaren Boden. Die rund 20 teilnehmenden Unternehmen des ersten Treffens stellten sich und ihre ÖKOPROFIT-Aktivitäten mit vorbereiteten Firmenblättern vor. Im Anschluss daran wurden „Café-Tische“ zu den Themen „Abfall“, „Mobilitätsmanagement“, „Energie“, „Umweltfreundlicher Einkauf“ und „Motivation und Kommunikation“ eröffnet. Das Ziel hierbei war, an Projektbeispielen zu benennen, was im Unternehmen bereits gut läuft. Es sollten aber auch

Verbesserungsbedarf und Defizite sowie – wenn möglich – allgemeingültige Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Das Konzept kam bei den Anwesenden gut an, jährlich in beiden Städten ergänzend zu den bestehenden ÖKOPROFIT-Modulen, dem Einsteigerprogramm und den Klubs, ein ÖKOPROFIT-Treffen Mainz-Wiesbaden mit wechselnden Schwerpunktthemen anzubieten. Das zweite Treffen hat daraufhin im November 2008 im Wiesbadener Rathaus stattgefunden. Die Resonanz war groß: 28 ÖKOPROFIT-Unternehmen aus Wiesbaden, Mainz und erstmalig aus dem Landkreis Mainz-Bingen setzten den Austausch fort. Schwerpunkt der Veranstaltung war das hochaktuelle Thema „Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ (CSR, Corporate Social Responsibility). Auch dieses Mal wurden die Teilnehmer in ein World-Café eingeladen. An drei „Café-Tischen“ zu den Themen „Zukunft des Netzwerks“, „Umwelt- und Sozialstandards in Unternehmen“ und „Umsetzung von Maßnahmen aus dem Umweltprogramm“ wurden Ideen und Ansatzpunkte diskutiert und entwickelt. Die Netzwerk-Aktivitäten werden in 2009 fortgesetzt.

WWW.WIESBADEN.DE/UMWELT – ONLINE-ANGEBOTE AUSGEBAUT

Auch in 2007 galt es, die Umwelt-Seiten des Umweltamtes auf www.wiesbaden.de weiter zu optimieren.

Seit In-Kraft-Treten der neuen Baumschutzsatzung im März 2007 kann die Fällung von Bäumen via Internet beantragt werden, eine Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger, denn mit dem eingestellten Online-Formular entfällt das ehemals notwendige Herunterladen, Ausdrucken und Versenden der Fällanträge. Bereits im ersten Jahr gingen 151 Anträge online ein. Dies entspricht einer Quote von 25 Prozent. In 2008 setzte sich dieser Trend fort: Etwa die Hälfte aller Fällanträge erreicht das Umweltamt via Internet.

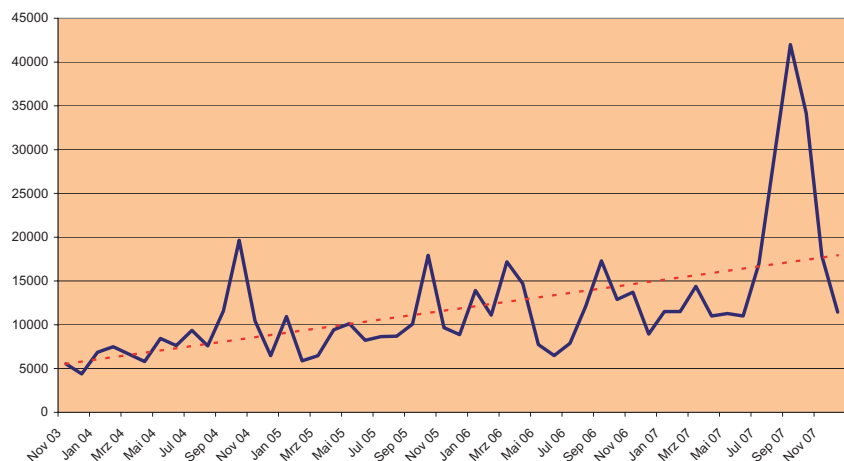
Große Beachtung fanden die in 2007 erweiterten Seiten unter „Wiesbaden – Pilzvielfalt vor der Haustüre“. Die Informationen zu den heimischen Pilzarten brachten im September und Oktober etwa 40.000 Seitenaufrufe, was die höchste Zahl an Zugriffen auf www.wiesbaden.de/umwelt überhaupt bedeutet (siehe Grafik).

Komplett überarbeitet wurde die Rubrik „Umweltposter“, über die der

Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit seine Ausstellungsposter zum Entleihen und zum Verkauf anbietet. Bisher standen nur PDFs der Poster zum Download bereit. Seit 2007 sind zudem Fotos eingestellt, auf denen zu sehen ist, wie die Ausstellungen im Wiesbadener Umweltladen präsentiert werden. So bekommen Interessenten Anregungen, wie sie die Poster selbst einsetzen können und wie diese im Zusammenspiel mit Exponaten wirken können. Genutzt wird dieses Angebot vor allem von Kommunen.

-> www.wiesbaden.de/umwelt

Zugriffe auf den Bereich Umwelt unter www.wiesbaden.de



SYMPOSIUM: „BAUEN UND SANIEREN – GERINGER VERBRAUCH, WENIGER KOSTEN, MEHR UMWELT“

Ein vierköpfiges ämterübergreifendes Team hat im März 2007 das ganztägige Symposium „Bauen und Sanieren“ durchgeführt. Die Federführung lag beim Umweltamt, Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit.

Das Symposium wandte sich vor allem an Architekten und Ingenieure, an Politiker und Mitarbeiter Auftrag gebender Ämter der Landeshauptstadt Wiesbaden, aber auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger. In zwei Fachreferaten „Energieeffizienz – Planen, Bauen und Betreiben“ und „Passiv- und Niedrigenergiebauweise im Neu- und Altbau“ wurden am Vormittag Büro- und Schulgebäude oder Kindertagesstätten der Zukunft vorgestellt. Es wurde aber auch ganz konkret erläutert, was ein Passivhaus von einem Niedrigenergiehaus unterscheidet. Referenten waren Prof. Dr. Manfred Norbert Fisch vom Institut für Gebäude- und Solartechnik an der Technischen Universität Braunschweig und Klaus Michael vom Niedrig-Energie-Institut (NEI) in Detmold.

Am Nachmittag konnten von den Teilnehmern in vier Workshops „Energiemanagement – von Anfang an“, „Vom Niedrigenergie- zum Passivhaus“, „Einsatz erneuerbarer Energien – auch in Wiesbaden“ und „Stromeffizienz im Privathaushalt – Auf den Einzelnen kommt es an“ Ideen, Vorschläge, Erfahrungen oder Fragen eingebracht und diskutiert werden.



Workshop "Vom Niedrigenergie- zum Passivhaus" im März 2007

Die Inhalte des Symposiums wurden von der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und der Ingenieurkammer Hessen als so qualitativ eingestuft, dass teilnehmende Architekten acht Fortbildungspunkte und teilnehmende Ingenieure sechs Fortbildungspunkte erhielten.

Mit diesem Symposium wurde zugleich die vom Umweltdezernat initiierte Veranstaltungsreihe „Wiesbadens Energieweg in die Zukunft“ gestartet. In ihr werden in loser Folge wichtige energiepolitische Themen gemeinsam mit Fachleuten aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik sowie mit Bürgerinnen und Bürger diskutiert und Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Versorgung mit Energie

erarbeitet sowie beispielgebende Modelle vorgestellt. Die Umsetzung dieser Reihe erfolgt in erster Linie durch den Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit des Umweltamtes, aber auch durch die Klimaschutzagentur Wiesbaden e.V., die im November 2007 die Reihe mit dem Workshop „Biomassennutzung in Wiesbaden“ fortsetzte.

Im Jahr 2008 hat der Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit zwei weitere Veranstaltungen angeboten: Im September den Aktionstag „Umweltfreundlich unterwegs – clean air“ auf dem Mauritiusplatz in der Fußgängerzone. Hier ging es darum, Möglichkeiten eines umweltfreundlichen Verkehrsverhaltens aufzuzeigen und verkehrsbedingte Umweltbelastungen (CO₂, Feinstaub etc.) darzustellen. An dem Aktionstag waren neben dem Umweltamt noch weitere elf Kooperationspartner beteiligt.

Im Oktober wurde die Reihe mit dem Veranstaltungspaket „Brennpunkt Klima“ fortgesetzt. Absolutes Highlight hierbei war die Multivisionsschau „Klima & Energie“ für Schülerinnen und Schüler der 5. bis 13. Jahrgangsstufe der Schulformen Gymnasium, Realschule, Berufliche Schulen, Hauptschule und Gesamtschule. An nur zwei Vormittagen haben 1.150 Schülerinnen und Schüler an dieser Schau mit anschließender Diskussion teilgenommen.

JAHRESGESPRÄCH = STUNDE DER WAHRHEIT?

Als 2007 in der Stadtverwaltung Wiesbaden die Jahresgespräche verpflichtend eingeführt wurden, war sowohl bei manchen Führungskräften als auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gewisse Skepsis zu spüren. „Wir reden doch ständig miteinander. Was soll denn da ein Gespräch unter vier Augen noch bringen?“, war oftmals als erste Reaktion auf dieses neue Instrument der Personalentwicklung zu hören. Nicht zuletzt auch im Umweltamt hat die Praxis aber gezeigt, dass das flauere Gefühl in der Magengrube nicht angebracht ist.

Im Gegenteil! Bereits nach der zweiten Runde im Jahr 2008 war klar: Das Jahresgespräch zwischen Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen und direktem Vorgesetzten hat einen besonderen Stellenwert. Gemeinsam ziehen beide Bilanz für das zurückliegende Arbeitsjahr. Mit diesem Gespräch können aber auch Kommunikation, Zusammenarbeit und der Dialog zwischen ihnen verstärkt beziehungsweise verbessert werden. Es ist also ein wichtiges Feedback-Instrument für Mitarbeiter und Vorgesetzte.

Das Jahresgespräch wird im Umweltamt als Dialog, als gleichberechtigter Austausch zwischen den beiden Gesprächsteilnehmern geführt. Die Mitarbeiter profitieren davon, dass im Tagesgeschehen innegehalten wird und ihr/e Vorgesetzte/r sich Zeit nimmt, um im Zweiergespräch eine längerfristige Entwicklung zu skizzieren. Das betrifft sowohl

eigene Zielsetzungen, die des Amtes und die Rahmenbedingungen, unter denen die Arbeit geleistet werden muss. Es werden aber auch gemeinsam konkrete Zielabsprachen getroffen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Personalentwicklung besprochen.

Die meisten Mitarbeiter kamen aus dem Gespräch mit dem Gefühl heraus, dass sie ernst genommen werden, denn sie erhielten konkrete Rückmeldungen zu den eigenen Arbeitsergebnissen und zur Zusammenarbeit. Umgekehrt konnten sie aber auch dem/der Vorgesetzten Rückmeldung über deren Arbeits- und Vorgehensweise geben und mögliche Missverständnisse ansprechen und lösen. Ebenfalls können Verbesserungsvorschläge eingebracht und Handlungs- und Verantwortungsspielräume zur gemeinsamen Zufriedenheit abgestimmt werden. Dies stärkt die Eigenständigkeit und die Eigenverantwortlichkeit und führt in der Regel zu einer höheren Arbeitszufriedenheit des Einzelnen. Alles zusammen genommen wirkt sich dies aber auch positiv auf den Erfolg und die Qualität der Arbeit des gesamten Amtes aus.

Mit den ersten Jahresgesprächen wurde im Umweltamt im September 2007 begonnen. Die zweite Runde begann im September 2008. Alle Führungskräfte haben jeweils mit jeder/jedem ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses strukturierte Gespräch geführt.

GENDER MAINSTREAMING IM UMWELTAMT

Wenn im Englischen der Begriff „gender“ verwendet wird, ist damit im Gegensatz zum biologischen das soziale Geschlecht gemeint. Gender bedeutet also mehr als nur eine genetische Disposition oder etwas grundsätzlich Unveränderliches. Gender ist vielmehr ein Ergebnis gesellschaftlicher und kultureller Erziehung, von Rollenzuweisung oder Selbstidentifikation, von Lebenschancen, Traditionen – und geht damit Frauen und Männer gleichermaßen an.

Mit „mainstreaming“ wird zum Ausdruck gebracht, dass die Gleichstellung beider Geschlechter kein Randthema ist, sondern zu einem Hauptthema in allen Bereichen wird, besonders auch im Verwaltungshandeln. Die Strategie des Gender Mainstreaming (GM) ist Teil der Verwaltungsmodernisierung und wurde mit Beschluss des Magistrats im Jahr 2002 auch in der Wiesbadener Politik und Verwaltung zum erklärten Ziel.

Der Leiter des Umweltamtes hat festgelegt, GM nicht am Beispiel separater, eigenständiger Projekte zu leben. Es wird

hier vielmehr angestrebt, durch interne Verwaltungssteuerung eine auf Gleichstellung ausgerichtete Denken und Handeln im Laufe der täglichen Arbeit umzusetzen und zu einer ausgewogenen Teilung der Verantwortung zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu kommen.

Folgende verwaltungsinterne Ansatzpunkte für Gender Mainstreaming wurden 2007/2008 im Umweltamt angewandt:

- Maßnahmen, die auf die Optimierung der eigenen Arbeitsabläufe gerichtet sind
- organisatorische Regelungen zur Unterstützung einer selbstständigen, eigenverantwortlichen sowie kosten- und qualitätsbewussten Wahrnehmung der Aufgaben, was gleichzeitig einen Beitrag zur Motivation und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt
- Zusammenführung von Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung auf der jeweiligen Fachbereichsebene
- Wissensmanagement, um zum Beispiel Fachwissen ge-

schlechterdifferenziert zu nutzen, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln oder bestehende zu nutzen

- angemessen große Organisationseinheiten bei wenigen Hierarchieebenen
- Arbeiten nach einem Leitbild
- Jahresgespräche mit Zielvereinbarungen
- Controlling, ebenso eine Kosten- und Leistungsrechnung
- Anforderung an die Führungskräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Entscheidungen zu beteiligen, sie in ihrer Eigenverantwortung zu stärken und die Zusammenarbeit zu fördern.

Ende 2007 waren 74 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim

Umweltamt tätig, 40 Männer, 34 Frauen. An der Spitze der insgesamt neun Produktbereiche stehen vier Frauen (zwei von ihnen führen zwei Bereiche) und drei Männer.

Von den 74 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiteten 20 als Teilzeitkräfte (2 Männer und 18 Frauen) in ganz unterschiedlichen Teilzeit- und Heimarbeitsmodellen. Damit wurde speziell auf die unterschiedlichen familiären Bedingungen und verschiedenen Lebensmuster der Beschäftigten eingegangen. Wenn bisher nur wenige Männer aus familiären Gründen ihre Arbeitszeit reduziert haben, so kann dennoch gesagt werden, dass Beruf und Familie nicht länger eine „Frauensache“, sondern ebenfalls eine „Männerangelegenheit“ sind.



DAMIT GING ES 2008 WEITER – SCHWERPUNKTE

| | |
|--|--|
| Interner Service | Steuerungsunterstützung, unter anderem mit einem neu entwickelten Cockpit-Chart; Verbesserung des Finanzcontrollings; SAP-Berichte in enger Abstimmung mit den Fachbereichen kundenorientiert gestalten; Aufbereitung der Daten zum Investitionsmanagement; Mitarbeit im Projekt „Ökoprofit im Umweltamt“ |
| Lärm/Luft, Messtechnik | Start des neuen Messprogramms mit dem Schwerpunkt „Außenbezirke“; Fortführung der Messreihe im Stadtgebiet zum Luftreinhalteplan; Mitarbeit bei der Arbeitsgruppe Luftreinhaltung des HMULV; Fortführung der Feinstaubmessreihe am Kaiser-Friedrich-Ring; Fortführung der Feinstaubmessungen in Mainz-Kostheim; Mitarbeit im Lenkungsausschuss zur Umgebungslärmrichtlinie; Erstellung des Aktionsplanes zur Umgebungslärmrichtlinie |
| Altlastensanierung auf dem ehemaligen Gaswerk Bahnhofstraße (Reisinger-Anlage) | Beseitigung der Schadstoffe (vorwiegend polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, PAK) durch Aushubsanierung nach Abbruch der Kindertagesstätte; Antragstellung auf Landeszuwendungen im Rahmen des Hessischen Abschlussprogramms zur Altlastensanierung, Sanierungskosten: ca. 4 Mio. €; nach Bewilligung der Fördergelder Vergabe der Ingenieurleistungen; Gebäudeabbruch 2009; zuvor Suche und Bereitstellung alternativer Räumlichkeiten für den Kita-Betrieb |
| Landschaftsplanung | Fortschreibung des Landschaftsplanes für des gesamte Stadtgebiet von Wiesbaden; Konzeption zum Artenschutz mit einer Biotopverbundplanung; Aktualisierung von Themenkarten zum Beispiel Gewässer, Boden, Landschaftsbild, Freizeit und Erholung; Weiterführung des Fachbereichsinformationssystems Landschaftsplanung; Erstellung und Betreuung von landschaftsplanerischen Fachbeiträgen sowie Beiträgen zu Umweltberichten; verstärkte Serviceleistung für Amt 61 zur Bearbeitung der Gartenbebauungspläne; Betreuung von diversen Sonderprojekten |
| Natur und Landschaft | Streuobstprogramm Wiesbaden – Erarbeitung Förderrichtlinien, Veranstaltungen, Aufbau Betreuungssystem, Umsetzungsbegleitung; Artenschutzmaßnahmen im Innenbereich – Baugenehmigungs- und Bauleitplanverfahren, Gutachtenbetreuung und –prüfung, Maßnahmenbetreuung; Digitale Erfassung der Naturdenkmale; Anpassung der GIS-Strukturen ans NATUREG, Schulungen, digitale Erfassung und Anpassung von Daten, Vorbereitung Austausch naturschutzfachlicher Daten Stadt Wiesbaden – Land Hessen; Umsetzung von naturschutzfachlichen Maßnahmen in Schwerpunktgebieten wie Maarau, Wellritzal, Bismarcksäue; Optimierung des Ökokontos; Optimierung/Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen UNB und Landwirtschaft unter Einbeziehung des Außendienstes; Unterstützung der ONB/ALR bei der Aufstellung und Umsetzung von FFH-Managementplänen |
| UVP | Inhaltliche Erarbeitung der Infoveranstaltung „Kohlekraftwerksbau auf der Ingelheimer Aue“; Erarbeitung der Einwendungen durch die Fachverwaltung (Amt 36 in Verbindung mit den Ämtern 30, 53 und 61); Magistrats- und Umweltausschuss-Beschlüsse zu Einwendungen |
| Umweltöffentlichkeitsarbeit | Planung und Organisation der Infoveranstaltung „Kohlekraftwerksbau auf der Ingelheimer Aue“; Veranstaltungsreihe „Wiesbadener Energieweg in die Zukunft“; „Umweltfreundlich unterwegs“, Ausstellung im Umweltladen und großer Aktionstag im September 2008 mit zehn Kooperationspartnern auf dem Mauritiusplatz; Informationspaket „Brennpunkt Klima“: <ul style="list-style-type: none"> - Informationsabend: u. a. mit Vortrag von Prof. Dr. Christian-Dietrich Schönwiese, Ökostrom-Wechsel-Party; - Multivisionsschau für weiterführende Schulen (Medienprojekt des BUND); - Europäische Klimaschutzausstellung; Beratungsnachmittage der Klimaschutzagentur Wiesbaden e.V.; Herbstferienprogramm für Kinder; Workshops für Grundschulkindern; Spielgeschichten für Kindergärten |
| 5. und 6. Runde ÖKOPROFIT | Workshops und Beratungen vor Ort bei Einsteiger- und Klub-Betrieben; Begutachtung der 29 Betriebe im Rahmen von Kommissionsprüfungen (Audits); Erstellung der Auszeichnungsbroschüre 2007/2008; Konzeption, Organisation und Durchführung der offiziellen Auszeichnungsveranstaltung im Dezember 2008; Start der sechsten ÖKOPROFIT-Runde: Öffentlichkeitsarbeit; Akquisition; Projektauftritt; Fortsetzung und Weiterentwicklung des Netzwerkes ÖKOPROFIT Mainz-Wiesbaden in 2008 |

PUBLIKATIONEN 2006 BIS 2008

HERAUSGEBER UMWELTAMT:

Broschüren

- „Geschäftsbericht 2005 Umweltamt“, 52 Seiten, 2006
- „ÖKOPROFIT Wiesbaden 2005“, 40 Seiten, 2006
- „ÖKOPROFIT Wiesbaden 2006/2007“, 40 Seiten, 2007
- „ÖKOPROFIT Wiesbaden 2007/2008“, 48 Seiten, 2008
- „Bäume in Wiesbaden“, 44 Seiten, 2. überarbeitete Auflage, 2007
- „Klimaschutzbericht 2005“, nur als PDF-Download über www.wiesbaden.de/Publikationen möglich, 2007
- „Frisch auf den Tisch – Bio-Lebensmittel einkaufen – gewusst wo“, 24 Seiten, 8. überarbeitete Auflage, 2007
- „Marder & Co. – Sorgentiere in Haus und Garten“, 23 Seiten, 2008
- „Umweltfreundlich unterwegs“, Booklet, 20 Seiten, 2008

Faltblätter

- „Papier hat viele Seiten“, Informationen zum Inhalt der im Umweltladen angebotenen, gleichnamigen Unterrichtseinheit und zur Anmeldung, Internet-Links zum Thema Papier, 2006
- „Wechseln zu Ökostrom“, 2007
- „Energieausweis für Wohngebäude“, 2007
- „Sauber bleiben – So können Sie helfen. Illegale Ablagerungen in Wiesbaden“, 2008
- „Förderung von Streuobstwiesen – Sonderprogramm 2008/2009“, 2008
- „Lebendiger Balkon“, überarbeitet, 2008
- „Nisthilfen für Insekten“, überarbeitet, 2008
- „Meisen & Co.“, überarbeitet, 2008
- „Freizeit – Gartenzeit“, überarbeitet, 2008
- „Herkulesstaude – Schön aber gefährlich“, 2008

Umweltberichte

- „Landschaftsparks in Wiesbaden“, Umweltbericht 20, 50 Seiten, 2008

Sonstiges

- Artikelserie „Baum der Woche“ im Wiesbadener Kurier, Mai bis Juli 2007

HERAUSGEBER UMWELTAMT UND KOOPERATIONSPARTNER:

Broschüren

- Umweltamt und Klimaschutzagentur Wiesbaden e.V.: „Erfolgreich sanieren – Einsparpotenziale in Haus und Wohnung“, 48 Seiten, 2007

Erläuterung

In die Liste wurden alle Veröffentlichungen des Umweltamtes aus den Jahren 2006 bis 2008 aufgenommen. Unter www.wiesbaden.de/umwelt und dort unter [Unweltinformation/Publikationen](http://www.wiesbaden.de/umwelt/Unweltinformation/Publikationen) können diese Titel und weitere Publikationen aus zurückliegenden Jahren bestellt beziehungsweise heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber und Copyright

Landeshauptstadt Wiesbaden

Umweltamt

Joachim Mengden, Amtsleiter

Luisenstraße 23

65185 Wiesbaden

E-Mail: umweltamt@wiesbaden.de

Projektleitung und Redaktion

Monika R. Daiber-Emisch, Umweltamt

Produktleiterin Umweltöffentlichkeitsarbeit

E-Mail: umweltberatung@wiesbaden.de

Texterarbeitung

Organisationseinheiten des Umweltamtes

Gestaltung

Roland Petrak, Umweltamt

Produktbereich Umweltöffentlichkeitsarbeit

E-Mail: umweltberatung@wiesbaden.de

Fotos und Grafiken

Umweltamt Wiesbaden

Foto Umschlagseite rechts unten und S. 39: Blickwinkel/

McPhoto,

Fotos anderer Quellen sind mit einem Copyright-Hinweis versehen.

Druck

Druck-Center-Rathaus

Schloßplatz 6

65183 Wiesbaden

Wiesbaden, Mai 2009